

Kur z p r o t o k o l l

der 82. Sitzung des
Ausschusses für Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt
am Mittwoch, den 01.10.2025,
im Schloss, Stelling-Saal (R.479)
Vorsitz: Abg. Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD)/ Falko Beitz (SPD)

TAGESORDNUNG

1. 13:00 Uhr – 14:15 Uhr

Durchführung einer öffentlichen Anhörung
zu den Vorlagen zum Entwurf des Haushalts 2026/2027 auf den
Drucksachen 8/5199, 8/5200 und 8/5198 und insbesondere zu dem Thema

Finanzmittel der Europäischen Union und ihre Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern

- Landkreistag
- Verband der Familienbetriebe MV
- Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der Europäischen Union
- BUND Mecklenburg-Vorpommern e.V.

2. 14:30 Uhr – 15:45 Uhr

Durchführung einer öffentlichen Anhörung
zu den Vorlagen zum Entwurf des Haushalts 2026/2027 auf den
Drucksachen 8/5199, 8/5200 und 8/5198 und insbesondere zu dem Thema

**Wirtschaftliche Situation von Unternehmen und Einrichtungen im Bereich
des Ministeriums Klima, Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum**

- Geschäftsführung der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH
- Geschäftsführung der Landwirtschaftsberatung Mecklenburg-Vorpommern
Schleswig-Holstein GmbH
- BIO in MV e.V.

3. 16:00 Uhr – 17:15 Uhr

Durchführung einer öffentlichen Anhörung
zu den Vorlagen zum Entwurf des Haushalts 2026/2027 auf den
Drucksachen 8/5199, 8/5200 und 8/5198 und insbesondere zu dem Thema

**Klimaschädliche Subventionen im Zuständigkeitsbereich des
Ministeriums für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und
Umwelt**

- Bauernverband MV
- Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM)
- Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.

Dr. Sylva Rahm-Präger
Vorsitzende

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

8. Wahlperiode

- 6. Ausschuss: Ausschuss für Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt -

Anwesenheitsliste

82.Sitzung, am 01.10.2025, 13:00 Uhr

Stelling-Saal (Raum 479)

Vorsitzende: Abg. Dr. Sylva Rahm-Präger

Fraktion

Ordentliche Mitglieder

Name

Unterschrift

Stellvertretende Mitglieder

Name

Unterschrift

SPD

Beitz, Falko

Butzki, Andreas

Falk, Marcel

Dr. Rahm-Präger, Sylva

Schmelzer, Grit

Schiefler, Michel-Friedrich

Saemann, Nils

Julitz, Nadine

Krüger, Thomas

Dr. Schröder, Anna-Konstanze

Dr. Wölk, Monique

Albrecht, Rainer

da Cunha, Philipp

Kaselitz, Dagmar

AfD

Schulze-Wiehenbrauk, Jens

Stein, Thore

Kramer, Nikolaus

Schmidt, Martin

Timm, Paul-Joachim

CDU

Diener, Thomas

Schlupp, Beate

Berg, Christiane

Ehlers, Sebastian

Glawe, Harry

Renz, Torsten

von Allwörden, Ann Christin

DIE LINKE

Bruhn, Dirk



Dr. Trepdorf, Daniel



Koplin, Torsten

Noetzel, Michael

Schmidt, Elke-Annette

Foerster, Henning

Albrecht, Christian

Pulz-Debler, Steffi

Rösler, Jeannine

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Damm, Hannes



Oehrich, Constanze

Shepley, Anne

Dr. Terpe, Harald

Wegner, Jutta

Gruppe der FDP

van Baal, Sandy



Domke, René

2. Ministerien und sonstige Behörden

Ministerium bzw. Dienststelle	Name, Vorname	Dienststellung/ Funktion	Unterschrift
----------------------------------	---------------	-----------------------------	--------------

LM	Konsolke, André	KStL	
----	-----------------	------	--

LM	Ehlert, Susanne	RefL	
----	-----------------	------	--

LM	Romanowski, Kristin	RefL	
----	---------------------	------	--

LM	Häuser, Katja	MA	
----	---------------	----	--

FM	<i>Silke Gadan</i> Schulze-Urbisch, Kirsten	RefL <i>i.V.</i>	
----	--	------------------	--

StK	Heeren, Keno	LwD	
-----	--------------	-----	--

Bauernverband	Dr. Piehl, Martin	GF	
---------------	-------------------	----	--

BDM	Hansen, Karsten		
-----	-----------------	--	--

Landgesellschaft	Degen-Lesske, Daniela	GF	
------------------	-----------------------	----	--

LMS-Agrarberatung	Meyer, Christiane	GF	
-------------------	-------------------	----	--

BIO in MV	Hope, Anna		
-----------	------------	--	--

BIO in MV	Arne Bilau		
-----------	------------	--	--

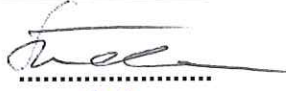
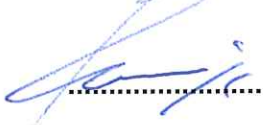
BUND	Dr. Dao, Juliane	Ref.	
------	------------------	------	--

Verband der Familienbetriebe	Paetow, Hubertus	stellv. Vorsitzender	
---------------------------------	------------------	----------------------	--

<i>Landgesellschaft</i>	<i>Pagels, Till</i>		
-------------------------	---------------------	--	--

<i>Landgesellschaft</i>	<i>Uthoff, Claudia</i>		
-------------------------	------------------------	--	--

3. Sonstige Teilnehmer

Dienststelle	Name, Vorname Funktion	Dienststellung/	Unterschrift
SPD	Stüdemann, Britta	Referentin	
SPD	Götz, Lukas	Referent	
AfD	Tschich, Alexander	Referent	
CDU	Hennings, Gunnar	Referent	
DIE LINKE	Reysa, Jürgen	Referent	
DIE GRÜNEN	Rabien, Malte	Referent	
SPD	Deters, Levin	Praktikant	
.....			
.....			
.....			

AUSSERHALB DER TAGESORDNUNG

Organisatorische Angelegenheiten

Die Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger** eröffnet die 82. Sitzung des Agrarausschusses und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Susanne Ehlert, Frau Katja Häuser, Frau Kristin Romanowski, Herrn André Konsole und Herrn Keno Heeren.

Die Vorsitzende weist darauf hin, die Sitzung sei eine öffentliche Anhörung zur Haushaltsberatung und umfasse drei Anhörungsthemen.

Abschließend beantragt die Vorsitzende im Namen der Fraktion der SPD das Wortprotokoll für die gesamte Sitzung.

Beginn des Wortprotokolls

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

13:00 Uhr – 14:15 Uhr

Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu den Vorlagen zum Entwurf des Haushalts 2026/2027 auf den Drucksachen 8/5199, 8/5200 und 8/5198 und insbesondere zu dem Thema

Finanzmittel der Europäischen Union und ihre Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Dann würden wir einsteigen in den Tagesordnungspunkt 1. Finanzmittel der Europäischen Union und ihre Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben zwei Sachverständige heute in Präsenz hier. Ich freue mich sehr, dass Frau Dr. Juliane Dao vom Bund für Umwelt und Naturschutz Mecklenburg-Vorpommern anwesend ist und Herr Hubertus Paetow vom Familienbetriebe Land und Forst Mecklenburg-Vorpommern e. V. Leider konnte Herr Dr. Merten Barnert von der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern bei der Europäischen Union sowie Herr Matthias Köpp vom Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern aufgrund von Terminüberschneidungen nicht an dieser öffentlichen Anhörung teilnehmen. Eine schriftliche Stellungnahme wurde uns allerdings vom Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern eingereicht, sowie von den anwesenden Sachverständigen. Hierfür möchte ich mich im Namen des Agrarausschusses herzlich bedanken.

Für Sie als Sachverständige besteht jetzt die Möglichkeit, auf besondere, auch über Ihre Fragestellungen des Ausschusses hinausgehende Sachverhalte hinzuweisen und ebenso auf besondere Problemstellungen einzugehen. Dazu hat Ihre Institution jeweils fünf Minuten Zeit. Ich bitte Sie, bei Ihrem Vortrag das Tischmikrofon zu benutzen. Aber es ist natürlich wenn Sie mit dem Vortrag fertig sind oder wenn Sie Fragen beantwortet haben, auch wieder auszuschalten, weil ansonsten ist es schwierig mit dem Protokoll. Ich würde dann die Fragerunde nach Ihrer beider Beiträge einleiten für die Fragen der Abgeordneten. Wir gehen davon aus, dass das Einverständnis von Ihnen vorliegt, dass zu dieser öffentlichen Anhörung, dass das aufgezeichnet wird und dass natürlich Ihre

schriftlichen und auch ihre mündlichen Stellungnahmen zur Veröffentlichung bereitstehen und auch Ihre Statements oder eventuell auch das Bildmaterial, dass wir das auf der Webseite unseres Landtages veröffentlichen dürfen. Sie nicken beide. Das ist schön. Dann ist das so akzeptiert. Ich würde jetzt beginnen mit Frau Dr. Dao. Frau Dao, Sie haben jetzt das Wort. Bitte schön.

Ref. **Dr. Juliane Dao** (BUND): Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Im Namen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland in M-V bedanke ich mich herzlich für die Einladung zur heutigen Anhörung. Ich bin promovierte Agronomin und vertrete die Umweltverbände im Begleitausschuss zur EU Förderung MV. Für den BUND ist es zentral, dass die EU-Finanzmittel effektiv für den Natur und Umweltschutz eingesetzt werden. Wir begrüßen ausdrücklich die aktuellen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen AUKM. Insbesondere die Förderung für extensiv genutztes Dauergrünland leistet einen wichtigen Beitrag zum Boden, Wasser und Erosionsschutz. Diese Maßnahmen sind essenziell, denn in MV befinden sich 97 % der Lebensraumtypen und 65 % der Arten in einem unzureichenden oder schlechten Erhaltungszustand. Die Landwirtschaft ist dafür die Hauptursache. AUKMs sind gezielt darauf ausgerichtet, die Umweltleistung von Agrarökosystemen zu verbessern. Daher fordern wir eine spürbare Erhöhung des Budgets in diesem Bereich. Nur so lassen sich weitere Maßnahmen umsetzen, denn Blühstreifen, weite Fruchtfolgen oder der ökologische Landbau tragen nachweislich zum Erhalt der Artenvielfalt bei. Gleichzeitig erkennen wir an, dass die Landwirte in MV durch AUKM und Ökoregelungen angemessen für ihre Umweltleistungen entschädigt werden können. Auch setzt MV auf Moorschutz und setzt EU-Fördermittel gezielt für den Klimaschutz durch Wiedervernässung ein. Für kleinere Gemeinden, Vereine und ehrenamtliche Engagierte benötigen wir allerdings einfache Antragsverfahren, bessere Beratung und zentrale Anlaufstellen. Was es nicht braucht, ist der Abbau von Umweltstandards. Bürokratieabbau darf nicht zum Einfallstor für den Abbau von Natur und Umweltschutz werden. Die EU-Förderpolitik muss sich verbindlich an den langfristigen Nachhaltigkeitszielen der EU ausrichten mit klaren Zielen, transparenten Kriterien und einer wirksamen Umsetzung. In der aktuellen Förderperiode erhält MV rund 1,9 Milliarden € aus dem EU-Strukturfonds für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und sozioökonomische Herausforderungen. Doch der Blick auf den Entwurf des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens MFR ab 2028 verdeutlicht, dass

viel weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen werden. Die geplanten Kürzungen werden MV, besonders den ländlichen Raum, hart treffen. Für MV bedeutet das Kürzungen bei Direktzahlungen, höhere Kofinanzierungsanteile und wachsende Konkurrenz zu Umwelt- und Klimageldern. Selbst Programme wie ELER und EFRE stehen auf der Kippe. Besonders alarmierend ist der Vorschlag, das explizite Umweltprogramm LALLF vollständig zu streichen. Eine Fortführung und Stärkung des LALLF-Programms zur Förderung qualitativ hochwertiger Umwelt und Naturschutzprojekte wie Natura 2000 ist unbedingt notwendig. Es braucht ein zielgerichtetes Monitoring, um die drastischen Vereinfachungen und Flexibilisierungen der Mitgliedstaaten auf Wirksamkeit zu prüfen. Es braucht ein stärkeres „Do No Significant Harm“-Prinzip und der Ausstieg aus klimaschädlichen Subventionen, insbesondere für fossile Energien. Es braucht eine gezielte, gemeinwohlorientierte Agrarförderung. Die pauschalen Flächenprämien sollten vollständig umgewandelt werden, hin zu einer leistungsbezogenen Honorierung für Umwelt, Klima, Natur und Tierschutzmaßnahmen. Dafür müssen die Budgets für Ökoregelung und AUKM langfristig steigen. Eine Zweckbindung von mindestens 50 % aller Ausgaben an die sechs Umweltziele der EU-Taxonomie ist dringend erforderlich. Auch der ländliche Raum braucht weiterhin gezielte Programme, die regionalen Besonderheiten und Bedürfnisse berücksichtigen. Für MV sind eigenständige Entwicklungsprogramme unverzichtbar und regionale Anliegen dürfen nicht im nationalen Wettbewerb untergehen. Hier ist die Landesregierung aufgefordert, sich mit Nachdruck für Mitsprachemöglichkeiten und ein dezidiertes Umweltbudget einzusetzen. Weiter sind für die Umsetzung der verbindlichen Ziele des europäischen Klimagesetzes und des EU-Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur bislang keine Finanzierungen eingeplant. Wir bitten die Landesregierung eindringlich, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine ausreichende und zweckgebundene Finanzierung für Klima- und Naturschutz stark zu machen, denn schlussendlich sind die EU-Finanzmittel eine wichtige finanzielle Stütze für MV, nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage. In Zeiten von Klimakrise, Artensterben und sozialer Ungleichheit ist es unerlässlich, dass diese Mittel zielgerichtet, gemeinwohlorientiert und ökologisch wirksam eingesetzt werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Herzlichen Dank für Ihr Statement. Dann würde ich den zweiten Beitrag gleich anschließen und Herrn Paetow bitten, seinen Vortrag zu halten und danach würden wir in die Diskussion einsteigen. Bitte schön, Herr Paetow, Sie haben das Wort.

Stellv. Vors. **Hubertus Paetow** (Verband der Familienbetriebe, Land und Forst M-V): Ja, auch von mir vielen Dank für die Einladung. Familienbetriebe, Land und Forst MV vertritt unternehmerische, familiengeführte landwirtschaftliche Unternehmen. In diesem Sinne auch mein Statement. Ich habe die Fragen so verstanden, auch das Thema der heutigen Sitzung, dass es in der Hauptsache um die GAP ab 2028 geht, die ja am Anfang ihres Entstehungsprozesses steht. Aber das heißt auch, dass natürlich für die Länder als Regionen der EU auch noch ein gewisses Maß der Einflussnahme möglich sein sollte. Ich gehe von den Zielen aus, die auch im Fragenkatalog erwähnt wurden. Ganz oben steht der Bürokratieabbau. Es ist ja übrigens auch in der Branche ein ganz erhebliches Thema. Ich kann bei den bisherigen Vorschlägen zur GAP ab 2028 keinen wirklich durchgreifenden, durchschlagenden Ansatz zum Bürokratieabbau erkennen. Vieles hängt natürlich von der Gestaltung der Instrumente in den Regionen ab, aber alleine zum Beispiel, die es vorsehen von Degression und Kappung, was ja voraussetzt, dass man intensiv prüft: Was ist ein Betrieb oder sind es vielleicht zwei Betriebe? Wie hoch ist eigentlich das Prämienvolumen? Wird die Bürokratie in der Agrarverwaltung und damit auch für die landwirtschaftlichen Betriebe weiter erhöhen. Es ist auch nicht klar, wie die Maßnahmen zur Farm Stewardship, die ja die Konditionalitäten ablösen sollen, wie die eigentlich regional verwaltet werden sollen und wie wir genau als landwirtschaftliche Betriebe an die Informationen kommen, was wir da eigentlich in drei Jahren auf den Betrieben sicherstellen. Die Konditionalitäten waren ja eigentlich vorgesehen als ein Auslaufmodell, zusammen mit einem Abschmelzen der flächenbezogenen Direktzahlungen. Das zweite Ziel, das steht übrigens auch noch in der GAP, auch in der neuen, Wettbewerbsfähigkeit und Ernährungssicherung sind sicherzustellen. Wir sind der Meinung, dass das auf jeden Fall auch in das Zielprogramm reingehört. Auch hier sind Beiträge zur Zielerreichung in den Entwürfen für uns wenig sichtbar. Denn für uns heißt eine Förderung für eine nachhaltige Landwirtschaft, dass man sowohl den Einkommensaspekt, damit die Ernährungssicherheit als auch den Umweltaspekt, den Klimaschutzaspekt in den Instrumenten gleichwertig berücksichtigt. Und ich kann

wenig erkennen, dass durch das Beibehalten eines Dualismus zwischen rein flächenbezogenen Zahlungen oder auch bedürftigkeitsbezogenen Zahlungen und auf der anderen Seite dann übrigens wahrscheinlich so, wie ich es interpretiere, zu 100 % kofinanzierten Agrarumweltmaßnahmen, dass dadurch dieses Ziel erreicht wird. Unser Vorschlag dazu wäre eine wesentliche Stärkung von kooperativen Agrarumweltprogrammen im Sinne des niederländischen Modells. Viele von Ihnen haben davon schon gehört, dass man auf regionaler Ebene, also überbetrieblich und in Zusammenarbeit mit lokalen regionalen Umweltschutzorganisationen Programme durchführt im Sinne von betriebsübergreifenden Naturschutz, was auch im Sinne des Biodiversitätserhalts wesentlich mehr bringt. Und wir sind für Agrarumweltschutz mit Marge. Also, jede Agrarumweltmaßnahme muss für die Betriebe auch zumindest eine wirksame Einkommenskomponente enthalten können, wenn man es denn gut macht. Und ein letzter Exkurs zu dem Thema Kappung Degression. Wir verstehen den Einkommenssicherung Aspekt in der GAP als Einkommenssicherung der Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen. Und insofern ist die Fixierung auf den Betriebsinhaber, sei es eine juristische oder natürliche Person, in unserer Auffassung irreführend. Insofern empfehlen wir, in der Diskussion darauf hinzuwirken, dass auch die gezahlten Personalaufwendungen, in den hierzulande etwas größeren Agrarunternehmen, mit einbezogen werden, zum Beispiel im Sinne eines Vorabzuges vor Beginn der Kappung, denn diese Einkommen landen ja in Mecklenburg im ländlichen Raum. Wenn mein Mitarbeiter sich ein Haus baut von dem Einkommen, was ich ihm zahle, weil ich ihm auch gerne ein gutes Geld zahlen will, dann wäre es schön, wenn das in der Kappungsdiskussion mitberücksichtigt würde und wir würden das als Verband auch gerne mittragen. Das muss nicht zu 100 % erfolgen, man könnte ja einen Anteil der Personalaufwendungen, der vor Kappung von den Direktzahlungen abgezogen wird, definieren. Das soll es von mir sein und ich freue mich auf Fragen.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Herzlichen Dank, Herr Paetow, für diesen Beitrag. Jetzt schaue ich in die Runde und ich bitte meine Kolleginnen und Kollegen, die Fragen zu stellen. Herr Stein, bitteschön.

Abg. **Thore Stein:** Ja, herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Erst mal vorweg, es ist natürlich sehr bedauerlich, dass aufgrund einer Terminkollision der Vertreter des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der Europäischen Union heute nicht da ist.

Denn darum geht es ja eigentlich. Wir wollen ja eigentlich Informationen haben von der EU-Ebene, was eigentlich auf Mecklenburg-Vorpommern zukommt. Es gibt ja auch den Antrag der Regierungskoalition im nächsten Plenum und das wäre heute eigentlich eine ganz hervorragende Gelegenheit gewesen, hier mal mit Zahlen und Fakten aufzuwarten. Daher bin ich doch etwas sehr irritiert, dass da keine Bereitschaft aus Brüssel vorhanden ist, uns hier zu informieren. Aber vielleicht kann ja das Ministerium aktuellere Zahlen liefern. Was droht denn Mecklenburg-Vorpommern eigentlich hinsichtlich des Wegfalls an Finanzmitteln? Ansonsten ist das ja alles etwas mühselig, weiter zu reden, wenn wir gar nicht wissen, worüber wir reden.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Ja, Herr Paetow, bitte schön.

Hubertus Paetow: Ja, ich könnte da die Zahlen, die uns am meisten bewegen, beisteuern. Käme die Kappung und Degression, so wie sie vorgesehen ist, verliert MV die halben Direktzahlungen - 130 Millionen. Der zweite Punkt ist, für diese eingesparten Direktzahlungen führt nach unserer Auslegung der Vorschläge, kein Weg in die Agrarumweltmaßnahmen. Und das halten wir für einen fatalen Fehler. Insofern kann ich nur dringend empfehlen zu versuchen, entweder die Kappung zu verhindern oder eine Umschichtung in Agrarumweltmaßnahmen mit Marge zu ermöglichen. Ansonsten ist das Geld für MV weg. Und der zweite Punkt ist, käme es so, dann würden die vorgesehenen Mittel für Agrarumweltmaßnahmen gerade mal für den Ökolandbau reichen und nicht für mehr. Und wir haben noch den ganzen Moorschutz und die Biodiversitätsförderung dazu.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Frau Dr. Dao möchte ergänzen. Bitteschön.

Dr. Juliane Dao: Eine kleine Ergänzung, der mehrjährige Finanzplan sieht ja einfach vor, dass vieles auf nationaler Ebene entschieden werden wird. Das heißt, die exakte Ausfinanzierung steht ja so nicht fest. Das heißt, man kann da nur vage Vermutungen treffen und es wird einfach so sein, dass es auf nationaler Ebene budgetiert wird. Und dann muss natürlich MV sich dafür einsetzen, dass überhaupt Gelder hierherkommen, mal abgesehen von den Direktzahlungen und den Kappungen, die relativ fest sind. Aber da sprechen wir auch von heutigen Prozentsätzen von 40 bis 70 % und damit sind

die GAP-Zahlungen dann aber schon aufgebraucht. Da kommt wirklich tatsächlich eine sehr enorme Welle an Kürzungen auf uns zu.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke noch mal für die Ergänzungen. Jetzt frage ich in die Runde, ob es weitere Fragen gibt. Herr Damm, bitte schön.

Abg. **Hannes Damm**: Vielen Dank erst einmal für die schriftlichen Stellungnahmen und die Statements am Anfang. Ich hatte das jetzt so verstanden in der Stellungnahme BUND, dass mit Blick auf den Abruf der Mittel nicht so sehr das fehlende Geld oder das fehlende passende Förderprogramm das Problem ist, sondern eher eine Ansprechperson oder dass eine Bündelung stattfindet und dass nicht in verschiedenen Ministerien verstreut ist oder an verschiedenen Stellen. Können Sie das noch mal ausführen? Was würden Sie denn der Landespolitik dann mitgeben als Empfehlung? Wir beraten ja gerade einen Haushalt, was man tun müsste, damit es einfacher wird, auch diese Gelder abzurufen.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Möchte von Ihnen jemand was dazu sagen, Frau Dr. Dao. Bitte schön.

Dr. Juliane Dao: Es ist ein bisschen komplexer als das, was Sie beschrieben haben. Also die EU fasst Töpfe zusammen, das ist der mehrjährige Finanzrahmen. Das heißt, wie die Länder das nachher umsetzen, das ist also erst mal auf nationaler Ebene gefragt und dann MV noch mal eine Etage später. Das heißt, man kann das jetzt noch überhaupt nicht absehen, wie weit man das verteilen kann. Fakt ist, dass alles in einen großen Topf geschmissen wurde, aus dem alle was haben wollen und dieser Topf auch noch kleiner ist als er vorher war. Wenn man das auseinanderrechnet, ist er kleiner geworden und es ist jetzt alles drin. Die EU zieht sich ein wenig zurück aus der Verantwortung, diese Vorgaben zu geben, weil es einfach auch diese Beschwerden gab, weil es ein Politwechsel gab und sich ein bisschen zurückzieht von diesem: Okay, dieses Geld muss da und dafür verwendet werden. Dafür sagen sie, okay, dann handelt es halt eben auf nationaler Ebene aus. Und das ist die große Schwierigkeit dabei.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Das würde ich vielleicht noch mal als Abgeordneter mit ein paar Sätzen ergänzen wollen. Das Problem ist, dass wir einfach gewöhnt sind, dass wir eine Vorstruktur haben und dass wir unsere eigenen Bedürfnisse nach Brüssel melden konnten, in Form von unseren eigenen Strategieplänen, die wir hatten. Und das wird jetzt nicht mehr möglich sein. Wir müssen jetzt sozusagen wandeln in Strategiepläne, die wir als Bundesland haben, die wir dann nach Berlin sozusagen adressieren und die regionale Entwicklung, ich sage mal Wirtschaft und Forschung, was wir im EFRE verankert hatten und aber auch die Zahlungen, die wir in die Wirtschaftsförderung direkt gestellt haben, die GRW-Mittel, all das fließt jetzt zusammen mit dem ELER, EFRE. Das ist sozusagen das Problem, das dann zu strukturieren und zu sagen, wir wollen aber für unser Land diese Mittel haben und dann muss man sich ja im eigenen Land auch noch entscheiden, wo die Priorisierungen liegen. Also, das ist schon eine riesige Aufgabe, die da vor uns steht. Wir können eigentlich alle nur bitten, dass das nach hinten geschoben wird, weil es jetzt in zwei Jahren fast unmöglich erscheint das so umzusetzen. Aber, ich würde jetzt mal um weitere Wortmeldungen bitten. Herr Stein, bitte schön.

Abg. **Thore Stein:** Ja, Frau Dr. Dao hat es auf den Punkt gebracht. Wir haben jetzt Gelder, die bisher exklusiv für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft bereitgestellt worden sind, in den vergangenen Jahren, Jahrzehnten, werden jetzt in einen großen Topf geworfen, auf den sehr viele zugreifen werden, auf den sehr viele zugreifen wollen. Die Verteilungskämpfe, die werden hart werden. Machen wir uns nichts vor, Mecklenburg-Vorpommern spielt auf Bundesebene aufgrund von 1,6 Millionen Menschen und einem geringen Wähleranteil nicht die allergrößte Rolle, wenn es um die Verteilungskämpfe geht. Daher noch mal meine Frage, auch an das Agrarministerium, mit welchen Geldern plant denn das Agrarministerium, was er in seinem dicken Haushalt, einen nicht unerheblichen Teil an Kofinanzierungsmittel eben genau aus diesen Töpfen, die jetzt weggenommen werden, mit was plant man denn da? Ist man überhaupt noch der Ansicht, dass man all diese Aufgaben, die aktuell mit den europäischen Mitteln bewältigt werden können und darüber reden wir über fast jedes Projekt im ländlichen Raum, noch im Ansatz so geleistet werden können, wie es bisher in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Da muss man doch irgendwie einen Plan gemacht haben, wie man mit diesem Szenario jetzt umgehen möchte. Und wir reden davon nicht in zehn Jahren, sondern in zwei bis drei Jahren.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Herr Stein, vielleicht noch mal zur Einsortierung. Das Agrarministerium ist heute hier, um zuzuhören, weil wir heute eine öffentliche Anhörung haben. Und wir werden eine Auswertung dieser Anhörungen machen. Und dort können dann auch diese Fragen noch mal direkt adressiert werden.

Zwischenruf ohne Mikro

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Dann würde ich jetzt bitten um weitere Fragen an unsere Sachverständigen und Experten. Dann hätte ich vielleicht eine als Abgeordnete. Und zwar, was mich umtreibt, ist die Farm-to-Fork-Strategie der Europäischen Union. Eigentlich wollen wir das alle. Es ist ja sozusagen so, dass wir sagen, wir möchten das, aber die regionalen Wertschöpfungsketten fehlen uns hier in Mecklenburg-Vorpommern weitestgehend, in vielen Bereichen zumindest. Macht es denn aus Ihrer Sicht Sinn, wenn wir über Geld sprechen, mehr in diese Frage Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten zu setzen, als die Rohstoffproduktion ausschließlich zu fördern? Weil wir, wenn wir regionale Wertschöpfung haben, natürlich vielleicht auch andere Preise für die landwirtschaftlichen Produkte erzielen können? Das wäre meine Frage und die Frage, ob Sie eine Grundidee haben, wie man dazu kommen könnte, das ist unser aller Problem natürlich auch, wie wir über Labeling oder Kennzeichnung das schaffen könnten, dass unsere Produkte auch besser in den Märkten dann auch auffindbar sind. Welche Reserven haben wir da eigentlich im Land? Haben Sie dazu eine Idee? Herr Paetow, bitte schön.

Hubertus Paetow: Ja, gerne. Ja, das ist genau ein Punkt, der auch die Branche sehr bewegt. Und zwar auch wegen der Ereignisse der jüngeren Vergangenheit. Wir haben ja das Programm „Vielfältige Kulturen 520“ aus der letzten Förderperiode als Betriebe sehr, sehr geliebt, weil es ein Programm war, was für die Betriebe eben tatsächlich Umweltschutz mit Marge war. Wir konnten vielfältige Kulturen fördern und wer es gut gemacht hat, hat damit auch gutes Geld verdient. Es war der Ansatz, dann im Nachgang für die heimischen Leguminosen einen Standort aufzubauen und das ist leider nicht gelungen. Und wenn man darüber nachdenkt - das gab es übrigens auch in anderen Bundesländern, es ist ja nicht beschränkt auf Mecklenburg-Vorpommern - wenn man darüber nachdenkt, dann muss man sagen, am Ende kann man über die

Förderung sowohl der Produktion als auch der Verarbeitung nicht sicherstellen, dass ein Produkt sehr wettbewerbsfähig ist. Es muss schlichtweg besser sein oder billiger als die Konkurrenz. Und das ist ein Tatbestand, aus dem kommen wir so nicht raus. Aber ich finde auf der anderen Seite, dass das auch wahnsinnig Chancen birgt. Denn, wenn man zunächst erst mal ein Produkt hat, weil man sagt, wir organisieren uns gut innerhalb der Wertschöpfungskette, wir können eine bestimmte Leguminosen-Qualität für Proteine in der menschlichen Ernährung herstellen, arbeiten da zusammen über die Wertschöpfungskette und auch über die umgelagerten staatlichen Institutionen, das geht von Lebensmittelkontrolle bis hin zu Baurecht für ein neues Werk, wenn wir da alle zusammen an einem Strang ziehen, dann kann man sich einen zeitlichen Vorteil erwirken, der einem dann eine Zeit lang ermöglicht, die Wertschöpfung ins Land zu holen für ein bestimmtes Produkt. Aber das setzt voraus, dass wir alle dieses Ziel verfolgen und dass man sich darüber einig ist, dass das für alle auch eine gewisse Zumutung ist. Man muss aus der Komfortzone raus, sowohl auf dem Betrieb, neue Früchte, wir haben dieses Jahr 160 Hektar Erbsen von der Erde gepult, das ist nicht schön, und man muss es eben auch bei den Genehmigungsbehörden vor Ort und auch bei den nahrungsmittelverarbeitenden Unternehmen so ein bisschen wollen und motivieren.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Herzlichen Dank dafür. Und Frau Dr. Dao, bitte schön.

Ref. **Dr. Juliane Dao:** Also, wir halten natürlich regionale Märkte und Wertschöpfungsketten für sehr sinnvoll. Und ich denke auch, dass wir in MV da wirklich hinter den westlichen Bundesländern zurückliegen, weil wir einfach eine andere Geschichte haben und uns dadurch kleine Strukturen verlorengegangen sind. Und ich glaube schon, dass es förderwürdig ist, dass man Veredelung von Produkten, die hier hergestellt wurden, auch hier weiter verarbeitet. Das würde uns wiederum ökonomisch stärken. Und es stärkt auch das Bewusstsein der Menschen für die Produkte in der Region. Ich finde es auf jeden Fall eine gute Strategie. Allerdings fehlt es uns natürlich an Investitionskraft und das ist einfach in MV eines der größten Probleme. Molkereien, Schlachthöfe, all das wurde eingestampft. Und da müssen wir gegen agieren, weil sonst können wir unsere Lebensmittel alle nur noch in großen Supermärkten kaufen. Und es hat keiner mehr eine Wertschätzung für das, was hier produziert ist.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön noch mal für die Ergänzungen. Gibt es weitere Fragen? Bitte schön.

Abg. **Christiane Berg:** Vielen Dank. Derzeit liegt der Vorschlag der Kommission vor. Aber wie sehen Sie Beide, von Ihrer Position aus, die Einflussmöglichkeiten über EU-Parlament, über EU-Rat oder Wien, können wir da noch nutzen oder benutzen, um unsere Interessen, also die der hiesigen Landwirte und sicherlich nicht nur in Mecklenburg, sondern insgesamt in Deutschland, stärker in den Fokus zu richten. Denn ich denke immer das, was Sie eben gesagt haben, Wettbewerbsfähigkeit ist auch ein nicht zu unterschätzender Faktor im Vergleich zu anderen Ländern.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Wer möchte? Herr Paetow bitte schön.

Hubertus Paetow: Ja, vielleicht fange ich mal an. Also, wir haben in Deutschland eine extrem heterogene Agrarstruktur, was auch dazu führt, dass nicht alle Regionen in Deutschland dieselbe Meinung zu diesen Vorschlägen haben werden. Wir haben aber auf europäischer Ebene, so würde ich das einschätzen, durchaus Regionen, die mit uns da vergleichbar sind. Und zwar nicht nur, was die Betriebsgröße angeht, sondern auch, was die Marktorientierung und was die Professionalität der Betriebe angeht. Also ich denke da zum Beispiel an Holland und teilweise auch die skandinavischen Länder. Ich denke Verbündete als Bundesland, als Region Mecklenburg-Vorpommern in anderen EU-Staaten zu suchen, die da unter Umständen in eine ähnliche Richtung steuern werden. Auch die Südosteuropäer, so sie denn groß strukturiert sind, werden da Partner. Das wäre für mich vorstellbar, dass man da eine Partnerschaft eingeht. Natürlich mit dem Risiko, dass man sich dann in der Bundespolitik vielleicht ein bisschen abseits stellt. Aber ich würde empfehlen, das Risiko einzugehen, weil wir schon unique sind als ostdeutsche Bundesländer in dem Bereich.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Frau Dr. Dao, bitte schön.

Dr. Juliane Dao: Dem muss ich natürlich zustimmen. Also, es macht einfach Sinn, sich zu verbünden. Die Verbände arbeiten ja auch auf EU-Ebene. Es gibt natürlich Abgeordnete, es gibt Gruppierungen, Fraktionen, die dafür einstehen und natürlich Gruppierungen, zum Beispiel die Ostländer. Aber, auch da muss man differenzieren.

Das heißt jetzt nicht, dass wir alle für die Direktzahlungen eintreten. Wir plädieren ja sowieso dagegen, gegen die Direktzahlungen. Und das sind Barrieren, wo man vielleicht den kleinsten gemeinsamen Nenner trotzdem finden muss, um das dann in Brüssel zu kommunizieren. Und auch auf Bundesebene.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Herr Damm, bitte schön.

Abg. **Hannes Damm:** Ja, danke, Frau Dao. Sie haben jetzt noch mal gesagt, dass Sie sich grundsätzlich eigentlich gegen die Direktzahlungen aussprechen. Was wäre denn jetzt sozusagen für eine Übergangsphase das richtige Instrument? Und wie kann man als Land dazu einen Beitrag leisten in die Richtung, sich auf den Weg zu machen? Oder ist das etwas, was man ohnehin nur auf der EU-Ebene ausschließlich entscheiden kann?

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Bitte schön Frau Dao?

Dr. Juliane Dao: Wir sind ja in einem Umschichtungsprozess. Es wurde ja schon umgeschichtet aus der ersten Säule in die zweite Säule. Und das sollte natürlich auch so weitergehen. Und Plan ist ja auch eine Kappung und das ist ja auch richtig. Die andere Strategie ist, dass man Regeln aufstellt für die Direktzahlungen, dass zum Beispiel ökologische, grundlegende Aspekte eingehalten werden müssen. Und somit kann man Direktzahlungen auch genau koppeln daran, zum Beispiel auch Ökoregelung, die ja auch aus der ersten Säule finanziert sind. Ich denke, das ist absolut notwendig. Wie lange haben wir denn die Direktzahlungen schon und woher kommen die eigentlich? Es ist eine Flächenprämie und es hat ja nichts wirklich mit der wirtschaftlichen Leistung dahinter zu tun.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Bitte schön, Herr Paetow, Sie würden ergänzen.

Hubertus Paetow: Ja, also, es mag verwundern, aber ich kenne inzwischen keinen bedeutsamen Agrarverband mehr, der für eine Ewigkeitstatbestand leistungsloser Flächenzahlungen eintreten würde. Noch nicht mal mehr der Deutsche Bauernverband. Auf der anderen Seite ist der Weg dahin und das fragen Sie richtig, der muss vernünftig gestaltet werden. Und wir plädieren dafür

Agrarumweltmaßnahmen mit Marge sind die Lösung. Die Ökoregelungen waren ein guter Anfang dafür, denn die haben ja genau das gebracht. Wenn wir heute unser Programm „Vielfältige Kulturen“ sehen, ich muss das noch mal als Beispiel heranziehen, wenn Sie das richtig gut machen, verdienen Sie damit gutes Geld. Wenn Sie es nur mit halbem Herzen machen, dann ist es gerade mal so eben kostendeckend und nicht alle Betriebe machen das. Daran sieht man, dass es eben auch kein Selbstgänger ist und diese Art Maßnahmen, gut und effizient organisiert, sind, glaube ich, das, was uns aus diesem Dilemma Flächen, Direktzahlungen, Kappung etc. herausführt.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Herzlichen Dank dafür. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu. Frau Berg, bitte schön.

Abg. **Christiane Berg:** Vielleicht kann ich an die letzten Aussagen von Herrn Paetow noch einmal anknüpfen: Agrarumwelt und Klimamaßnahmen mit Marge. Vielleicht die Frage an Sie Beide gleichzeitig: Wie konnten denn Landwirte bisher mit diesen Maßnahmen Geld verdienen? Und wird das in Zukunft möglich sein?

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Möchte Sie gleich darauf antworten, Herr Paetow? Bitte schön.

Hubertus Paetow: Ich glaube, wenn man die Instrumente so gestaltet, dass ein möglichst großer Teil dieser Marge durch professionelles, gut organisiertes unternehmerisches Handeln abzusichern ist, dann funktioniert es. Was natürlich nicht das Ziel sein kann und ja nach EU-Recht auch nicht darf, ist, dass man automatisch einen Riesengewinn mit einer Agrarumweltmaßnahme macht. Ich glaube, das will auch keiner. Aber ich glaube schon, dass man den Instrumentenkasten so sortieren kann, dass das für die Betriebe die Möglichkeit ist, die wirtschaftliche Tragfähigkeit weiter zu sichern und gleichzeitig und das ist ja das Gute dabei, etwas für Natur, für Biodiversität, für Klimaschutz zu tun. Also, mal als Beispiel, es würde ja heute keiner über die Notwendigkeit des Moorschutzes in Mecklenburg über Agrarumweltmaßnahmen diskutieren, wenn es für die Landwirte so eine Art Bauland wäre, ein Moor zu haben, was man wieder vernässen kann. Also, mal als Beispiel, wenn ich für meine Niedermoorflächen eine entsprechende Nutzungsausfallentschädigung bekommen

würde, von der dann die Bewirtschaftungsmaßnahmen inklusive Anstauen abgezogen würden, dann würde ich da ja einen Betriebszweig draus machen. Dann würde ich sagen, ich gebe mir Mühe, dass ich da möglichst zügig flurgleichen Wasserstand hinkriege, damit ich zügig Geld kriege. Und dann wäre das für mich ein neuer Betriebszweig mit einer entsprechenden Marge.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Also, sozusagen das, was wir auf Landesebene unter Moor Futures haben, so gedacht jetzt oder in eine Art Dauerbezahlung für die CO₂-Speicherung. Das würde ich jetzt mal nachfragen wollen. Entschuldigung als Abgeordnete.

Hubertus Paetow: Ja, können Sie gerne, da ist die Sachlage klar, ab 2040 können Sie eine reine Wiedervernässung gar nicht mehr fördern, weil Sie auch eine trockene Bewirtschaftung gar nicht mehr zulassen dürften ohne Zertifikate. Und insofern geht es da nur um den Übergang. Aber schon der Übergang ist ja eine Perspektive. Denn das haben wir ja nur so in die Moorschutzstrategie geschrieben, ab 2040 müssen wir alle so weit sein und die Zeit bis dahin ist kurz und die müssen wir nutzen. Und deshalb finde ich es extrem schade, dass die Umweltmaßnahmen auch in der GAP so knapp ausgestattet sind, weil wir eigentlich mehr bräuchten, weil das Thema Moorschutz ja on top kommt.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön dafür. Jetzt noch mal Herr Stein. Bitte schön.

Abg. **Thore Stein:** Eine Frage an Herrn Paetow bei den ganzen Ausführungen, die Sie gemacht haben, die wir hier auch gehört haben. Glauben Sie, dass die deutsche Landwirtschaft dann 2045 noch konkurrenzfähig ist auf dem Weltmarkt?

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Bitte schön, Herr Paetow.

Hubertus Paetow: Ja, vielen Dank. Ich habe 1995 in Kiel Diplom gemacht. Da war die erste Agrarreform gerade durch. Und da war eine wesentliche Frage in der Marktüberprüfung: Glauben Sie, dass die deutsche Landwirtschaft angesichts der Agrarreform, der damaligen Morgen, noch konkurrenzfähig ist? Da habe ich mein

ganzes Berufsleben in diesem totgesagten Sektor verbracht und ich glaube, die deutsche Landwirtschaft ist so anpassungsfähig, so unternehmerisch, insbesondere übrigens in Mecklenburg-Vorpommern, dass ich da keine Sorge habe, dass wir da auch einen Weg finden, in die Zukunft zu gehen.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Herzlichen Dank für diese Antwort. Herr Schulze-Wiehenbrauk, bitte schön.

Abg. **Jens Schulze--Wiehenbrauk:** Danke schön. Die Subventionen wurden mal eingeführt, um überhaupt noch konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt zu sein. Wir waren mal ungefähr bei 1000 DM je Hektar, da kommen wir her, aus den 90er Jahren. Jetzt soll es auf 75 € gehen. Das ist der klägliche Rest, der von dieser ganzen Angelegenheit übriggeblieben ist. Wir haben die Landwirte überhaupt geschafft, diese Differenz auszugleichen? Durch immer höhere Leistung, immer höhere Leistung pro Tier, pro Hektar. Ich habe schon mehrfach auch im Landtag das genauso erwähnt. Was macht die Politik im Gegenzug? Es gibt Restriktionen im Pflanzenschutz, es gibt Restriktionen bei dem Düngemiteleinsatz. Und damit spielen Sie die Landwirtschaft an die Wand. Das können die Landwirte nicht weiter leisten. Wir haben zurzeit 50 € auf dem Hektar Verdienst, nach Steuern. Das ist ein Witz. Überlegen Sie mal, wie viel Hektar ich brauche, um eine Familie von zu ernähren als Unternehmer. Verstehen Sie, wo Sie hinarbeiten? Hier auf einer Seite das an Umweltmaßnahmen zu knüpfen, wobei ich der Meinung bin, die Landwirte brauchen keine Beschäftigungstherapie, die haben genug zu tun. Es ist völlig der falsche Weg, wo das schon wieder hingeht. Wenn wir keine anderen Lösungsansätze haben, dann müssen wir erst mal dafür sorgen, dass das so bleibt, wie das jetzt gerade ist. Aber Sie müssen der Landwirtschaft wieder Raum geben, um atmen zu können. Das passiert doch zurzeit gar nicht. Von allen Seiten werden die eingeengt. Überall. Gehen Sie auf die Höfe, fragen dort nach. Das hört sich immer alles schon wieder so prächtig an und die Landwirte, die es nicht aushalten, die dürfen das ausbaden, was hier schon wieder eingerührt wird. Also, ich bin richtig etwas frustriert von diesen ganzen Ankündigungen hier. Danke schön.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Ja, Sie haben ein Statement abgegeben. Möchte darauf jemand antworten, Herr Paetow. Bitte schön.

Hubertus Paetow: Sehr gerne. Sie haben ja berechtigterweise die Frage gestellt, ob wir Vorschläge oder Ideen hätten, wie man das in Zukunft fehlende Geld aus Brüssel kompensieren könnte. Und genau darauf haben wir in der Vorlage auch so geantwortet, wie Sie das gerade getan haben. Was uns viel mehr stört als, sagen wir mal 30 € mehr oder weniger Prämie, sind die Auflagen. Also, ich nehme mal ein Beispiel: Ein Pflugfinanzierungsverbot kostet mich mehr als das, was jetzt gerade an Direktzahlungen im Schwange ist. Insofern wäre ich natürlich sehr dafür, bloß das ist ja leider kein Thema in der GAP. Also, die Düngeverordnung, dass dort die Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung, Glyphosat in Wasserschutzgebieten, solche Sachen, das kostet Geld und ist ärgerlich und bedrängt die Betriebe. Aber das hat ehrlich gesagt mit der GAP nichts zu tun.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön noch mal für die Einordnung. Frau Dr. Dao, bitte schön.

Ref. **Dr. Juliane Dao:** Also, die Umweltstandards, die Einschränkung von Pestiziden usw., die haben ja eine Berechtigung. Warum? Weil sie auf Kosten der Gemeinheit gehen. Und zwar, indem sie unser Trinkwasser verseuchen, indem die Nahrungsmittel keine gute Qualität haben. Ja, also es hat ja einen Grund, warum wir Umweltstandards einfordern und wir bieten mit dieser Förderung Kompensation dafür, dass man weniger erntet. Weil wir müssen ja wegkommen davon, immer zu sagen mehr, mehr, mehr. Weil, mehr ist ja nicht unbedingt besser. Wir können nicht auf der Fläche immer mehr produzieren wollen. Es geht eher um Qualität.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Ich glaube, auf dieser Ebene sind Sie sich beide nicht ganz einig. Jetzt hat sich noch mal Herr Schulze-Wiehenbrauk gemeldet. Bitte schön.

Abg. **Jens Schulze-Wiehenbrauk:** Denken wir einfach an Glyphosat, was wurde dafür eine Welle geschoben, um das Glyphosat loszuwerden? Und was haben wir am Ende festgestellt? Es ist gar nicht schädlich, so wie es angedacht wurde. Und jetzt darf es wieder eingesetzt werden. Aber was wurde veranstaltet, um das Glyphosat von den Flächen zu kriegen? Da kann man doch nicht mehr von Kompetenz reden. Das ist doch einfach willkürlich wird das zur Seite geschoben? Ich möchte an dieser Stelle

auch auf die Neonics hinweisen. Das ist eine Beize, die sehr, sehr erfolgreich war. Die Pflanze war geschützt über ein halbes Jahr. Und trotzdem wurde das abgeschafft mit der Begründung, das sei für Bienen gefährlich. Bienen gehen nicht in Zuckerrüben rein, Bienen gehen auch nicht in Mais rein, und wenn die Bienen kommen, dann ist die Beize längst abgebaut. Also, völlig inkompetent wurden hier Mittel vom Markt genommen, die für die Landwirte wichtig sind. Beim Raps-Anbau brauche ich diese Beize, weil das letztendlich meine Marge ausmacht, zehn Doppelzentner mehr zu haben. Und von wegen, junge Frau, von wegen, ich brauche nicht produzieren, nicht in der Masse. Das versuchen Sie ein Jahr oder auch zwei, dann sind Sie pleite, verstehen Sie das? Das können Sie nicht aushalten, wenn Sie nicht mindestens 40 Doppelzentner im Raps haben und nahezu 90 Doppelzentner im Weizen haben, dann machen Sie das nicht mehr lange mit. Verstehen Sie? Dann ist das zu Ende und der Landwirt ist dazu gezwungen, das so zu machen. Und von der Politik kommt immer nur: Wir grenzen das ein, wir grenzen die Mittel ein, wir grenzen die Möglichkeiten ein. Sie müssen da erst an der Schraube drehen und dann können Sie davon ausgehen, dass die Landwirte das auch schaffen werden, eines Tages, ohne Subventionen auszukommen. Ich weiß nicht, ist das so unlogisch, was ich sage? Oder ist das zu verstehen? Wer hat Ja gesagt?

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Herr Schulze-Wiehenbrauk, jetzt würden wir gerne mal der Reihe nach gehen. Und ich bitte, dass, wenn Sie Frau Dr. Dao meinen, dass Sie dann auch von Frau Dr. Dao sprechen. Dann würde ich jetzt der Reihe nachgehen. Jetzt hat Herr Damm ums Wort gebeten, erst dann Frau Dr. Dao und dann Herr Bruhn. Bitte schön, die Reihenfolge.

Abg. **Hannes Damm:** Ich möchte jetzt auch nur erst mal ein Statement machen. Ich finde, wir sollten in der Anhörung hier auf irgendwelche Zuschreibungen von körperlichen Merkmalen der Sachverständigen absehen. Das Alter spielt überhaupt keine Rolle für den Sachverstand hier.

Zwischenruf ohne Mikro

Abg. **Hannes Damm:** Sie haben junge Frau gesagt. Und dann möchte ich einfach nur zurückweisen als Fake News, das, wie Sie sie nennen, die Neonics nicht schädlich

wären. Es ist nachgewiesen, dass die Insektenpopulation zurückgeht, dass die Vogelpopulation zurückgeht. Wissenschaftlich einwandfrei.

Zwischenruf ohne Mikro

Abg. **Hannes Damm**: Genau! Doch sehr, können Sie sich anschauen. Wenn Sie es nicht lesen wollen, dann brauchen Sie auch nicht weiter mitdiskutieren. Und auch die krebserregende Wirkung von Glyphosat ist eindeutig wissenschaftlich nachgewiesen.

Zwischenruf ohne Mikro

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Dann bitte ich jetzt Frau Dr. Dao um Ihr Wort. Bitte schön.

Ref. **Dr. Juliane Dao**: Okay, ich darf ja hier heute als Expertin sprechen und deswegen muss ich Ihnen da natürlich total widersprechen. Glyphosat ist schädlich und krebserregend und warum es wieder erlaubt ist, ist, weil die Industrie ordentlich Werbung dafür macht und ihre Lobbyisten dafür werben und die Natur und die Menschen, die daran krank werden, nicht diese Lobby haben. So, das mal zu dem einen. Und Beize, ja, ist bienengefährlich und wir wollen Bienen schützen und erhalten, weil sie einen Wert für unsere Natur und für uns, für unsere Nahrungsmittelproduktion leisten. Und deswegen ist es einfach wichtig, dass wir auch Pestizide prüfen, welche wir zulassen und welche wir nicht zulassen.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke, jetzt Herr Bruhn. Jetzt hatte sich Herr Paetow genau dazu noch mal gemeldet. Ich würde ihm erst das Wort geben und dann Ihnen. Danke schön.

Hubertus Paetow: Ja, ich wollte kurz einmal etwas zu dem Ernährungssicherungsziel noch mal sagen, weil das, glaube ich, ganz wichtig ist. In den SDGs steht, dass wir sicherstellen wollen, dass kein Mensch auf der Welt hungern muss. Wenn wir das erreichen wollen, dann, sagt die FAO, müssen wir bis 2050 jedes Jahr die Agrarproduktion um 2 % steigern. Die Europäische Union hat in den letzten zehn Jahren ihre Agrarproduktion um 0 % gesteigert. Das muss man bloß einmal so auf sich

wirken lassen. Und wir können ja nicht sagen die Ernährung der Welt überlassen wir jetzt anderen. Jetzt die andere Seite der Medaille: Natürlich brauchen wir wirksame Umweltstandards: Biodiversitätsschutz, Klimaschutz, auch Schutz der Umwelt vor schädlichen Stoffen ist ein ganz, ganz großes Thema. Und da würden wir als Verband auch niemals sagen, dass das obsolet ist. Worauf wir aber Anspruch erheben als Branche Landwirtschaft ist ein objektives, vernünftiges, rationales Bewertungsverfahren von Risiken, von Stoffen, die wir in der Produktion einsetzen und zwar explizit von Risiken, nicht von Gefahren. Da ist das beste Beispiel Glyphosat. Glyphosat steht in dem Ruf, krebserregend zu sein. Es gibt die Gefahr, dass man durch Glyphosat Krebs bekommt. Der Unterschied zum Risiko ist, die Gefahr bezieht sich auf den Stoff an sich, das Risiko bezieht sich auf die Wahrscheinlichkeit bei einer üblichen Verwendung des Stoffes. Und auch das, Frau Dr. Dao, ist x-mal festgestellt, bei bestimmungsgemäßer Verwendung von Glyphosat erregt es keinen Krebs. Und weil diese Diskussionen über diese Feinheiten und über diese Themen so unendlich viele Kräfte binden, in der gesamten Diskussion um Zukunft von Landwirtschaft, Umwelt und Ernährung, wäre ich dafür, dass man versucht, das Ganze runter zu kühlen, zu objektivieren, genau festzustellen, wovon man eigentlich spricht. Und wenn man dann diese Verfahren, die Initiative Zulassungsverfahren Pflanzenschutzmittel gibt es ja bereits, wenn man diese Verfahren dann vernünftig eingestielt hat, dass wir uns dann zügigst mit den wirklich wichtigen Problemen vom Umwelt- und Biodiversitätsschutz beschäftigen. Und das ist ehrlich gesagt, nicht Pflanzenschutz, auch das ist erwiesen.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön erst mal für dieses Statement. Dann Herr Bruhn, bitte schön.

Abg. **Dirk Bruhn:** Ja, auch wenn es nicht Thema ist, diese Diskussion, die wir gerade führen. Aber, über Glyphosat muss man einfach sagen, vor dem Verbot haben die Landwirte das massiv eingesetzt, um eine Vorerntebehandlung zu haben, um die Maschinenauslastung zu steigern und das ist niemals Aufgabe eines Pflanzenschutzmittels. Also, wurden Fehler gemacht und das nur zu sagen, das ist in der angewendeten Konzentration nicht krebserregend ist und alles gut ist, mag ja sein, aber es gibt noch tausende andere Wirkstoffe. Man muss das in der Summe insgesamt betrachten. Und dann zu Herrn Schulze-Wiehenbrauk, der jetzt leider weg ist, es ist

noch nicht der Beweis erbracht, dass eine Landwirtschaft ohne Auflagen besser funktioniert. Was, wenn wir alle Auflagen weglassen? Geht die Produktionsmenge hoch und wenn die Produktionsmenge hochgeht, bei gleichem Absatz, geht der Preis runter. Mir konnte bis dato noch niemand beweisen, dass es die Probleme löst. Und dann kam auch wieder die Aussage, wir müssen die Welt ernähren. Wir müssen den Leuten die Möglichkeiten geben, der Dritten Welt, sich selbst ernähren zu können. So wird ein Schuh draus. Vielen Dank.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Das ist ein wichtiger Aspekt, der Dritten Welt die Möglichkeit geben, sich selber zu ernähren. Das, glaube ich, ist sehr wichtig. Aber jetzt würde ich um weitere Fragen bitten oder weitere Statements dazu. Das ist erst mal nicht der Fall. Dann würde ich selber noch mal mich als Abgeordnete ganz kurz auf die Rednerliste setzen. Ich habe das Thema Ernährungssicherung, das ist natürlich ein großes Thema. Ich möchte das gerne noch mal in den Vordergrund stellen. Und ich denke, wir haben einen sehr hohen Anteil Futterproduktion und auch dann, wenn wir zum Beispiel die Proteinwerte nicht mehr erreichen, haben wir letztendlich eine Futterproduktion. Und für mich ist die Frage, ich sage es mal so, großkörnige Leguminosen für die menschliche Ernährung, da gibt es Risiken im Anbau, das haben Sie selber gesagt, die waren jetzt alle flach gelegen und Sie mussten sich da durchquälen. Wie sehen Sie eigentlich die Perspektive, wenn wir mit dem Düngemiteleinsatz runtergehen, wir wollen trotzdem ja Brot-Weizen produzieren, das ist ja die einkommensstärkste Frucht, die die Landwirte hier haben in Mecklenburg-Vorpommern. Wo ist der Ausweg daraus? Für mich ist das nicht ganz klar. Auf der einen Seite wollen wir natürlich die Lebensmittel erzeugen. Wir brauchen dafür bestimmte Stickstoffmengen, auch damit der Weizen diese Proteinwerte hat. Und auf der anderen Seite, wenn es zu viel wird, erzeugen wir Futter. Wo geht dieses Futter hin, wenn wir nicht mehr die Tiere in unserem Land haben? Dieser Kreislauf ist überhaupt nicht mehr geschlossen. Wie würden wir, aus Ihrer Sicht, den Ausweg finden? Wieder etwas mehr Tierhaltung, flächengebunden, damit wir das auch verfüttern können, was wir produzieren oder wo ist der Weg?

Hubertus Paetow: Ja, also ich glaube, das ist schon ein guter Ansatz. Die Problematik Stickstoff und Produktqualität wird natürlich auch aus einem gewissen Eigeninteresse der Branche häufig überbewertet. Also, die Tatsache, dass man aus einem Weizen,

der nur bedarfsgerecht gedüngt ist, kein Brot backen kann, das widerlegt ja jedes Jahr der Ökolandbau. Im Ökolandbau, mal so zum Vergleich, hat so ein richtig guter Brotweizen 10 bis 10,5 % Protein und daraus kann man auch Brot machen. Ich glaube, wir haben ausreichend wirklich systemimmanente Zielkonflikte. Wir müssen nicht noch zusätzlich welche erfinden. Und Sie fragen nach dem Ausweg. Ich glaube, wir müssen uns eher angewöhnen, in einem Begriff der nachhaltigen Produktivitätssteigerung zu denken. Das heißt, Produktivität ist eben nicht mehr nur Tonnen Weizen pro Hektar, meinetwegen auch mit 14 % Protein, sondern Produktivität ist soundso viel Tonnen Weizen pro Hektar pro eingesetztes Kapital, pro eingesetzte Arbeitsstunde, pro emittierte Tonne CO₂ und pro unter Umständen beeinträchtigtes Biodiversitätsmaß, wobei das Biodiversitätsmaß schwierig festzulegen ist, aber auch da kommen wir nicht drum herum. Wir werden in Zukunft uns angewöhnen müssen, Ziele mehr gegeneinander abzuwägen. Es ist schwer erträglich für jemanden, der aus dem Naturschutz kommt, zu sagen, wir nehmen hin, dass es drei Feldlerchen Brutpaare pro Hektar weniger gibt, weil wir da dafür dann eine halbe oder 3/4 Tonne mehr Weizen haben. Aber, um diese Betrachtung kommen wir nicht drum herum und das genau auszubalancieren, wird die Aufgabe einer Politik sein, die die Rahmenbedingungen entsprechend setzt, also, Landwirtschaft mit in den Emissionshandel, Landwirtschaft mit nature credits bewerten - das sind so die Instrumente in dem Bereich. Und auf der anderen Seite ist es auch für uns als Branche selber eine Riesenaufgabe, die aber glaube ich, auch richtig Spaß machen kann, wenn man sagt, wir definieren Produktivität neu und machen uns da auch gleich auf den Weg. Und ich denke mal, da haben wir in Deutschland gute Voraussetzungen für.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Dann sind wir bei der Milchkuh, die vielleicht nicht 12.000 oder 14.000 Liter bringt, sondern vielleicht 11.000 und dafür auf die Weide geht und eine hohe lange Persistenz hat. Frau Dr. Dao, bitte schön

Ref. **Juliane Dao.** Und eine Kuh, die vielleicht eine Laktation länger leben darf oder drei Laktationen. Ja, genau. Ich wollte noch mal hervorheben, dass die Politik auf jeden Fall Anreize für die freiwillige Einhaltung von solchen Umweltstandards geben muss. Ich meine, jeder Landwirt kennt die gute fachliche Praxis, aber eingehalten wird sie tatsächlich meistens nicht. Also, dass man an Bodenschutz denkt, dass man an Fruchtfolgen denkt. Und ich glaube, den meisten Landwirten macht das auch Spaß,

wenn sie mal wieder ein bisschen mehr sich mit ihrem Boden, mit ihrem Standort und mit ihrer Fruchtfolge beschäftigen. Stattdessen geht es immer nur in Richtung mehr Produktion und wie viel muss es, damit es sich rentiert? Und das ist sehr schade. Und ich glaube, eine Mischung aus Vorgaben und Umweltstandards, aber auch Anreize, so wie es die AUKMs ja auch machen, da muss ein Mittelweg gefunden werden.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke schön. Ich schaue in die Runde. Gibt es weitere Fragen? Wenn es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen gibt, finde ich, das war ein sehr gutes Schlusswort gerade für diese Runde hier. Und wir sind etwas pünktlicher fertig geworden. Normalerweise haben wir noch fast 20 Minuten mehr eingeplant, aber sie sind auch nur zu zweit hier und zwei Kollegen sind ja nicht in Persona hier, haben das schriftlich hiergelassen. Deswegen sind wir pünktlich und ich bedanke mich ganz herzlich. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen, dass Sie sich die Mühe gemacht haben, hierher zu kommen. Es war, glaube ich, eine gute Diskussion, die uns auch auf dem politischen Weg, den wir gehen müssen, genützt hat. Wir werden diese Anhörung auswerten und dann würde ich die Sitzung jetzt um 13:54 Uhr schließen. Herzlichen Dank. Die nächste Sitzung beginnt um 14:30 Uhr. Wir können leider keine Zeit aufholen, weil die Sachverständigen für die nächste Runde natürlich erst zu 14:30 Uhr eingeladen sind. Also wir können hier nicht aufholen. Wäre schön, aber geht nicht. Also, 14:30 hier wieder im Saal. Danke schön.

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

14:30 Uhr – 15:45 Uhr

Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu den Vorlagen zum Entwurf des Haushalts 2026/2027 auf den Drucksachen 8/5199, 8/5200 und 8/5198 und insbesondere zu dem Thema

Wirtschaftliche Situation von Unternehmen und Einrichtungen im Bereich des Ministeriums Klima, Umwelt, Landwirtschaft und ländlicher Raum

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Schönen guten Tag. Die zweite Runde heute unserer Anhörung zu unserem Landeshaushalt für die Jahre 2026/2027. Jetzt ist Frau Romanowski zu uns gestoßen. Schön, dass Sie da sind Frau Romanowski. Und ich möchte die Anzuhörenden begrüßen. Ich möchte als erstes von der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern Frau Daniela Degen-Lesske begrüßen, Herrn Till Pagels und Frau Claudia Uhthoff. Ich möchte von der LMS Agrarberatung begrüßen Frau Christiane Meyer und von Bio in M-V e.V. begrüße ich Frau Anna Hope und Herrn Bielau. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass die Sachverständigen ihre Stellungnahmen schriftlich abgegeben haben, also sozusagen den Fragenkatalog beantwortet haben. Diese liegen uns auf Ausschussdrucksache 8/543 vor. Ich möchte die Sachverständigen darüber informieren, dass Sie jetzt, jeder für ihren Bereich, fünf Minuten Zeit haben, auch über das, was sie an Fragen beantwortet haben, was ihnen aber wichtig erscheint, was Sie uns mitteilen möchten, also Sie haben fünf Minuten Zeit eine mündliche Präsentation abzugeben und ich möchte Sie auch darüber informieren, dass wir davon ausgehen, dass es eine öffentliche Anhörung ist und dass natürlich alles, was Sie hier zu Wort geben, es gibt ein Wortprotokoll, dass das auch zur Veröffentlichung zur Verfügung steht. Wenn Sie da nicht widersprechen, dann machen wir das so. Ich möchte Sie bitten, Sie haben die Tischmikrophone, das kennen Sie ja größtenteils schon, dass Sie die, wenn Sie dann das Wort erhalten, auch diese Mikrophone benutzen und dann auch wieder ausschalten, sobald Ihre Stellungnahme beendet ist. Wenn es dazu weiter keine Fragen gibt, dann würde ich jetzt als erstes Frau Daniela Degen-Lesske das Wort übergeben, aus Sicht der Landgesellschaft noch einmal darzulegen, wie ihre Situation sich darstellt. Bitte schön, Sie haben das Wort.

GF Daniela Degen-Lesske (Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende und sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, die Landgesellschaft hier mal wieder ins Gespräch zu bringen. Ganz kurz voranstellen möchte ich und uns ist, ich habe meinen Kollegen an meiner Seite, uns ist es ein Bedürfnis darauf hinzuweisen, dass wir als Landgesellschaft nicht vom Landeshaushalt abhängig sind. Also, wir sind ein am Markt tätiges, wirtschaftendes Unternehmen. Wir müssen unser Geld selbst verdienen, was wir ausgeben, was angesichts der steigenden Personalkosten mittlerweile auch eine Herausforderung ist. Von daher sind wir auch sehr stolz, dass unsere wirtschaftliche Situation stabil ist, über viele Jahre schon. Sondereffekte haben wir immer mal wieder, aber eben keine, die ins negative Ergebnis in Größenordnung gehen, sondern haben dann es immer verstanden, uns die Geschäftsfelder so zu gestalten, dass wir dann auch wirtschaftlich erfolgreich sind. Natürlich erwarten wir, da müssen wir uns alle nichts vormachen, auch eine Veränderung unserer Geschäftsfelder. Also, das haben wir im Fragenkatalog auch vorangestellt. Wir haben zwei tragende Säulen momentan. Das ist einmal das Flächengeschäft und dann unsere Tätigkeit als Flächenagentur im Bereich der Klima- und Naturschutzvorhaben. Aber, wir müssen ganz einfach davon ausgehen, dass sich die Geschäftsfelder verändern und wir dann natürlich alternative Geschäftsmodelle uns überlegen müssen, die dann ähnlich tragfähig sind, um diese erfolgreiche Tätigkeit der Landgesellschaft am Leben erhalten zu können. Und wer die Landgesellschaften und das Geschäftsmodell dahinter kennt, weiß, dass wir eine der wenigen Gesellschaften im Bundesgebiet sind, die noch in der Breite aufgestellt sind, also mit vielen verschiedenen Tätigkeiten im ländlichen Raum aktiv sind, aber eben nicht mit allen diesen Tätigkeiten Geld verdienen können. Das ist ganz einfach so. Da sei die Flurneuordnung ein Thema, aber auch Bauplanung und Baubetreuung für den ländlichen Raum ist leider auch nicht mehr so ein einträgliches Geschäft, wie es vielleicht in der Vergangenheit war, das als Beispiele erst mal, vielen Dank.

Vors. Dr. Sylva Rahm-Präger: Dankeschön erst mal für die Einführung. Ich würde Sie bitten, dass wir jetzt nacheinander erst mal die Statements abgeben und danach in die Fragerunde einsteigen. Ich würde jetzt Frau Christiane Meyer bitten, ihr Statement abzugeben, LMS Agrarberatung, Sie haben das Wort. Bitte schön.

GF **Christiane Meyer** (LMS Agrarberatung): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank an die Anwesenden für die Einladung und auch für uns die Gelegenheit, noch einmal unsere Position dann für die Landwirtschaft und für das Land Mecklenburg-Vorpommern zu skizzieren. Anders als es bei der Landgesellschaft der Fall ist, gibt es bei uns durchaus Bereiche, die durch den Landeshaushalt finanziert werden. Nichtsdestotrotz ist die Teilung des Unternehmens eben auch am Markt natürlich tätig sein zu müssen und gleichzeitig Aufgaben des Landes zu übernehmen, für uns dann gerade in Bezug auf das Tariftreue- und Vergabegesetz, eben eine enorme Herausforderung. Dieser Herausforderung haben wir uns aktuell gestellt, allerdings bedeutet das eine so enorme Steigerung unserer Personalkosten, dass Sie sich sicherlich vorstellen können, dass das unseren Haushalt aktuell und in den kommenden Jahren enorm belasten wird. Ich denke, es ist unumstritten, dass unsere Aufgaben und unsere Tätigkeiten natürlich eng mit der Landwirtschaft verbunden sind. Dennoch fällt es mir ein bisschen schwer, diesen breiten Aufschlag, der in dem Fragenkatalog sozusagen dargelegt wurde, in ein kurzes Statement zu fassen. Ich glaube, die Situation der Landwirtschaft ist nicht ganz einfach, aber dennoch natürlich losgelöst auch von den Aufgaben, die wir zum Teil übernehmen. Wir merken in unserer täglichen Arbeit, dass die Bedarfe der Landwirtschaft, vielleicht auch Beratung für eine Weiterentwicklung und eine Optimierung des Unternehmens vornehmen zu können, dafür kein Raum ist, weil wir uns wirklich zum größten Teil in unserer Agrarberatung auf jeden Fall mit den Anforderungen der Bürokratie beschäftigen. Das ist eines unserer Haupttätigkeitsfelder, wo unsere Kollegen und Kolleginnen nachgefragt werden und das, was vielleicht die Landwirtschaft wirklich voranbringen würde, dafür bleibt eigentlich kaum Zeit. Und das wiederum erschwert uns dann natürlich auch eine wirtschaftliche Verbesserung, weil wir natürlich gerne die Landwirtschaft auch noch mehr beraten würden und auch da einen Bedarf sehen. Aber wie gesagt, die Aufgaben im Bereich der Agrarbürokratie sind so allumfassend, dass damit die Landwirtschaft schon enorm ausgelastet ist. Die Situation der LMS Agrarberatung ist dadurch geprägt, dass wir sicherlich nur in Teilbereichen unseres Unternehmens wirtschaftlich am Markt tätig sind. Und da müssen wir uns mit der Konkurrenz sozusagen messen. Insofern können wir da, was das angeht, nicht aus dem Vollen schöpfen. Und die zukünftigen Belastungen, ich habe sie schon skizziert, werden sicherlich das Unternehmen stark prägen in den nächsten Jahren. Vielen Dank!

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke schön für dieses Statement. Dann würde ich das Wort jetzt an die Kollegen von BIO in MV übergeben. Wer von Ihnen spricht? Sie, Frau Hope? Bitte schön.

Anna Hope (BIO in MV e.V.): Wir teilen uns jetzt auch sozusagen die Themen auf, ich bin eher für Finanzmittelbeschaffung und sozialverträgliche Klimaschutzmaßnahmen und diese ganzen Themenkomplexe zuständig, für Vernetzung und Arne eher für agrarspezifische Themen. Ich fange jetzt einfach erst mal an mit unseren Kernbotschaften. Wir sind ja gerade frisch gegründet 2023, haben schon viel, sehr viel ehrenamtliche Arbeit investiert. Mit den ganzen Bioverbänden zusammen haben wir ja den Dachverband gegründet. Wir haben ja auch bekanntermaßen jetzt gerade eine Förderung bekommen, hauptsächlich aus EU-Mitteln, aber auch aus Landesmitteln und ja, wir werden jetzt erst mal noch auf Landesmittel zum Teil angewiesen sein. Aber, wir sehen unsere Hauptaufgabe darin, Fördermittel zu beschaffen, also EU und Bundesmittel ins Land zu holen. Gerade Bundesmittel werden viele noch nicht abgerufen und das liegt an fehlender Vernetzung, an fehlendem Überblick. Da sehen wir eine unserer Hauptaufgaben, auch ressortübergreifend, die verschiedenen Gruppen zu vernetzen. Stichwort: sozialverträgliche Maßnahmen, das ist zum Beispiel der Bereich Verpflegung, Kita und Schulverpflegung. Das ist eines von meinen Hauptstandbein, auf dem ich sehr aktiv bin, das haben auch schon viele mitbekommen. Willst du vielleicht noch ergänzen?

Arne Bilau (BIO in MV e.V.): So weit gibt es eigentlich nichts zu ergänzen, aber wir sind schon, das wird jetzt vielleicht auch auffällig, von den bisherigen Akteuren fallen wir so ein bisschen, haben wir eine andere Rolle, weil wir eben nicht institutionell verankert sind in Mecklenburg-Vorpommern, sondern eben ein Verein sind, wo auch sehr viel ehrenamtliche Arbeit reinfließt.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Ich danke erst mal für dieses Statement. Dann bitte ich jetzt die Abgeordneten um ihre Fragen oder Statements zu den Ausführungen. Da die Fraktion der CDU das aufgesetzt hat das Thema, will ich als erstes an Sie das Wort übergeben. Welche Fragen dazu aus Ihrer Sicht kommen.

Abg. **Christiane Berg**: Okay, Sie sehen ja, die Vertretung ist da. Die Akteure sind leider terminlich woanders gebunden und insofern wir haben ja die Fragen eingereicht und die wurden auch beantwortet. Das heißt, momentan tun sich noch keine weiteren Unklarheiten auf. Das wird sicherlich dann in späteren Befragungen oder Runden auch noch mal konkretisiert werden können.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke schön. Herr Stein, bitte schön.

Abg. **Thore Stein**: Ja, danke schön. Meine Frage geht an Frau Meyer. Frau Meyer, die LMS Agrarberatung berät die Landwirtschaftsbetriebe in vielerlei Aspekte der Betriebsführung, angefangen vom klassischen, sage ich mal, betriebswirtschaftlichen Fragestellungen hin, aber dann auch zu Fragen des Pflanzenschutzes, der Betriebsführung. Meine Frage ist, inwieweit sehen Sie denn die Neuausrichtung der GAP ab 2028, so wie sie ein wenig sich am Horizont abzeichnet, auf die Arbeitsschwerpunkte Ihrer Beratung, die Auswirkungen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es auch zunehmend Betriebe gibt, die überlegen, ganz aus der GAP auszusteigen, weil sie sagen, es rentiert sich einfach gar nicht mehr. Können Sie dieses drohende Szenario bestätigen oder ist das bisher auch nur Drohgebärde?

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke für die Frage. Frau Meyer, bitte schön.

GF **Christiane Meyer**: Ich denke, es ist ein bisschen was von beidem. Ich will überhaupt nicht verneinen, dass die Betriebe sich damit beschäftigen, mit der Frage, ob das möglich ist. Ich habe gerade gestern in Neubrandenburg an der Universität mit Professoren zusammengesessen, die gesagt haben, Sie haben da durchaus auch schon Modelle gerechnet und im Rahmen ihrer Seminare sich auch noch mal intensiver mit dieser Frage beschäftigt, also, die Frage kursiert in jedem Fall. Ich denke trotzdem, wenn ich das so salopp sagen darf, wird es nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Ich denke schon auch, dass die GAP-Zahlungen weiterhin einfach eine unglaubliche Stütze für die landwirtschaftlichen Betriebe sind. Für unsere Tätigkeit gehen wir davon aus, dass eben die Anforderungen der Agrarbürokratie und einfach das ganze Konstrukt verstehen zu können und da dann auch für die Betriebe die Sicherheit zu haben, entsprechend den gesetzlichen Anforderungen zu agieren und

natürlich auch alle Anträge gesetzeskonform und fristgerecht einreichen zu können, dass das weiterhin unser Haupttätigkeitsfeld in der Agrarberatung sein wird.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Gerne eine Nachfrage, Herr Stein. Bitte schön.

Abg. **Thore Stein:** Dann haben Sie quasi meine zweite Frage vorausgenommen, das heißt die LMS Agrarberatung bzw. ihre Berater sind aktuell mehrheitlich damit beschäftigt, Landwirten durch die Untiefen der Agrarbürokratie zu helfen und viel weniger jetzt Betriebe zu optimieren hinsichtlich Betriebsführung, hinsichtlich pflanzenbaulicher Fragen, hinsichtlich ackerbaulicher Fragen, ist das so richtig?

GF **Christiane Meyer:** Ja, leider, das ist so richtig.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Dann hat sich Herr Damm gemeldet. Bitte schön, Herr Damm.

Abg. **Hannes Damm:** Ja, auch eine Frage Richtung LMS und Bioland. Da habe ich in der Stellungnahme auch so ähnlich gelesen, dass Sie ja vielfach auch selbst in die Beratung einsteigen, Unternehmen sagen welche Förderprogramme sind möglich. Da ich jetzt aber sehe, dass ich das sozusagen in der Agrarberatung wiederfindet, bei Ihnen wiederfindet, also jeder so ein bisschen für seinen jeweiligen Zuständigkeitsbereich ja wahrscheinlich auch sich dann auskennt, klingt das für mich aber trotzdem so, dass so eine Art Zwischenstruktur geschaffen wird oder sich entwickelt, weil der Bedarf wahrscheinlich da ist, zwischen dem staatlichen Akteur, der die Förderprogramme ausreicht und denjenigen, die die nachher abrufen sollen. Und jetzt ist meine Frage, ob wir auf staatlicher Seite, regulatorisch zum Beispiel oder im Ministerium selber, Maßnahmen ergreifen können, um diese Beratung zu reduzieren, die dann notwendig wird, um solche Fördermittelprogramme zum Beispiel abzurufen, abrufen zu können. Wie kann ich denn erreichen, dass die Bäuerin, der Bauer selbst einen einfacheren Zugang an der Stelle hat? Ich kann diese Beispiele machen, aber ich will es eigentlich von Ihnen hören, was Ihre Vorschläge sind.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Dann würde ich jetzt übergeben. Herr Bilau möchte sich melden. Bitte schön.

Arne Bilau: Ja, also ich mache ja auch landwirtschaftliche Beratung neben der Tätigkeit im Bio MV Verein. Und erst mal, ich kann schon auch bestätigen, dass innerhalb der Beratung der Anteil, der draufgeht für die Beratung zur Umsetzung der Verordnung - das ist ja nicht nur die GAP, sondern auch die neue Düngeverordnung, die recht komplex gefasst ist und wo landwirtschaftliche Betriebe, gerade auch Betriebe, die im Büro nicht so stark aufgestellt sind, dann eben die Hilfe der Beratung in Anspruch nehmen, um da durch diesen Dschungel auch durchzukommen. Und der Teufel steckt da wirklich so im Detail. Das ist eigentlich auch so die Botschaft. Wir müssen einfach gucken, einerseits bei der GAP als auch bei den Landesverordnungen, bei den Bundesverordnungen, Düngeverordnung, da verliert man sich sehr, sehr stark im Detail. Man könnte eine große Vereinfachung hinkriegen, wenn man sich auf die wesentlichen Punkte konsequenter konzentrieren würde. Wenn man jetzt auch neue Gesetzesvorhaben auch hier vorhat, die im landwirtschaftlichen Bereich eingreifen, dann sind da so viele Ausnahmen, gerade bei der Düngeverordnung, so viele Ausnahmetatbestände, die keinem helfen. Weder dem Umweltschutz, woher ja auch viele Verordnungen her gedacht werden, als auch dem landwirtschaftlichen Betrieb. Viel zu viele Verzettelung. Ich selber muss auch eine Beratung schon stärker auch mit Checkliste durchführen, weil einfach so viele kleine Termine, die da zu beachten sind, Antragsfristen. Das ist eine große Latte. Da könnte man wesentliche Vereinfachungen hinkriegen und einfach klarere Verordnungen schaffen, die eine klare Zielrichtung haben. Und dann ist es auch viel einfacher zu greifen, auch wenn es erstmal vielleicht härter klingt, weil man eine höhere Anforderung vielleicht mal formulieren muss. Aber man könnte dadurch viel Bürokratie abbauen. Ein Beispiel, jetzt nicht direkt auf die GAP gerichtet, da würde mir vielleicht auch noch einiges einfallen, aber mal Düngeverordnung, da können wir ein sehr hohes Düngeniveau nach wie vor umsetzen. Das muss man ganz klar so sagen. Es sollte ja eine Beschränkung sein, des Nährstoffaufkommens letztendlich, was verloren geht, aber wir können sehr, sehr viel düngen. Wir haben aber ein unglaubliches Werk an Terminen, an Sondertatbeständen, die Kultur darf man nur dann und dann, wenn gedüngt werden. Einfacher wäre es: hier habt ihr euer Paket an meinetwegen 170 Kilogramm Stickstoff pro Hektar und dann macht was draus. Dann muss nur dokumentiert werden, wo habe ich sie ausgebracht. Vielleicht noch eine Beschränkung der Zeiträume, wann ich sie ausbringe, wenn dann der Schnee liegt und dann streue

ich den Dünger, macht eigentlich auch kein Betrieb mehr, aber das wäre eigentlich viel einfacher. Wir haben einfach die Messlatte wie erreiche ich es, mit 170 Kilogramm n Maximum pro Hektar Stickstoff auszukommen? Und dieses ganze andere brauche ich dann nicht mehr so stark, weil ich ein geringeres Nährstoffniveau fahre, so wie beispielsweise auch im Ökolandbau. Ich fahre automatisch ein geringeres Nährstoffniveau, dadurch habe ich diese ganzen Betrachtungspunkte automatisch bedient. Das mal so als ein Beispiel, wenn es um Vereinfachung geht. Bei den Agrarumweltmaßnahmen haben wir auch teilweise zu viele Einzelregelungen. Da könnte man auch ein bisschen das Ganze verschlanken. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, aus der Beratungspraxis, ich mache vorwiegend Ökobetriebe, da ist der Aufwand auch für die ganze Antragstellung noch mal sehr umfangreicher, weil Ökobetriebe automatisch in viel mehr Programmen drin sind. Was aber am meisten heraussticht, sind eigentlich nicht unbedingt, dass ich einen Schnitttermin einhalten muss, wenn ich in eine Agrarumweltmaßnahmen bin oder so etwas, sondern es sind vor allen Dingen diese ganzen Dokumentationen, Maßnahmen-Tagebücher, die einzelnen Weidepläne, die dokumentiert werden müssen, dann auch noch zu unterschiedlichen Terminen. Das ist für die Betriebe das Aufwendige und von der Laune her ist es so, es gibt viele Betriebe, die sagen: Na ja, eigentlich habe ich da gar keine Lust mehr zu. Hat auch keiner mehr Lust. Aber wir dürfen nicht vergessen, es werden auch die meisten Betriebe weiterhin mitmachen bei der GAP. Das müssen wir uns auch klar machen und deshalb auch dringend geboten, das zu verbessern, das System, weil eben nach wie vor die Zahlungen aus der ersten und der noch zweiten Säule einfach einen Großteil des landwirtschaftlichen Einkommens sind, je Betrieb, und natürlich immer auch eine große Bedeutung haben werden. Ich kenne keinen Betrieb, der darauf eigentlich nicht mehr angewiesen ist. Da gibt es vielleicht Ausnahmen, aber deshalb ist es einfach elementar für die Betriebe, das zu beantragen.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön für das Statement. Gibt es weitere Fragen? Sie würden gerne ergänzen, Frau Meyer, bitte schön. Und dann Herr Damm noch einmal.

Christiane Meyer: Ich würde gerne noch mal ergänzen, dass ich glaube, dass wir berücksichtigen müssen, dass die größte Schwierigkeit beim Rückgang zur Beratung

zu diesen Themen ist, dass die Landwirte und Landwirtinnen einfach so unglaublich skeptisch sind und das Vertrauen verloren haben, diese Dinge selber zu beherrschen. Und wenn wir da vereinfachen wollen, dann wäre es wichtig, dass wir eine Plattform zum Beispiel haben, um die Dinge zu melden. Es ist so, ich schließe mich dem Vorredner an, die Fristen, die Termine, wann muss wann was wo in welche Datenbank von wem, wie in welchem Format gemeldet werden? Ich habe das letzte Mal, als ich hier war, schon gesagt, ich lade jeden Mal ein, einen Agrarantrag einfach mal zu machen und mal eine Vorstellung davon zu bekommen, wie viele Klicks das sind. Aber, ich glaube, das ist sozusagen die große Hürde, die es jetzt gilt zu überwinden, den Landwirten und Landwirtinnen wieder das Vertrauen zurückzugeben, dass sie diese Dinge selber machen. Auch wenn ich mir jetzt als Agrarberatung damit vielleicht ins eigene Fleisch schneide, in Anführungsstrichen. Aber auch wir würden sehr viel lieber mehr Unternehmensberatung machen und den Betrieben zur Seite stehen, wenn es darum geht, gute neue Ideen umzusetzen und den Betrieb weiterzuentwickeln. Und ich glaube, das wäre unglaublich wichtig, dass wir einfach Bürokratieaufwand reduzieren in diesem Zusammenhang und einen Weg schaffen, den Landwirten und Landwirtinnen das Vertrauen zurückzugeben, dass sie diese Dinge selber beherrschen, weil das haben sie mit Sicherheit komplett verloren.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön noch mal, Frau Meyer. Dann Herr Damm, bitte schön.

Abg. **Hannes Damm:** Ja, vielen Dank. Es ist auch noch eine Nachfrage zu dem vorher Gefragten. Also, ich habe es auch in den Stellungnahmen gelesen. Im Grundsatz sind die Betriebe zufrieden, auch wenn man weiß, dass man sich immer wieder auf was Neues einstellen muss. So habe ich es jedenfalls verstanden, sonst korrigieren Sie mich bitte. Würden Sie mit dem Vorangesagten, was die Beratungsleistung angeht, aber noch mal eine Unterscheidung machen zwischen größeren und kleineren Betrieben. Also, ich habe zum Beispiel mit Groß Kiesow Agrargenossenschaft, die haben mir gesagt, na ja, wir haben eigentlich eine Person, die bei uns nur das macht und die ist dann auch spezialisiert. Kann mir aber vorstellen, dass ein kleiner Betrieb, wo nur drei Leute arbeiten, die dann auch alle auf dem Feld stehen müssen, zu einer bestimmten Jahreszeit zumindest, das gar nicht so abbilden können und das ist dann für große Betriebe auch leichter wird. Würde man dann auch bei dem Regelungstiefen

vielleicht einen Unterschied machen zwischen größeren und kleineren Flächeneigentümern zum Beispiel?

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Herr Bilau, bitte schön.

Arne Bilau: Das würde ich so in der Tendenz auch sehen, dass gerade kleinere und vielleicht auch sehr spezielle Betriebe, von diesem Antragsverfahren und überhaupt der Ausschüttung von Fördermitteln, besonders große Schwierigkeiten haben. Nicht nur wegen des Personalbesatzes, sondern weil einfach auch viele, je individueller ein Betrieb wird und das kann ein großer oder auch ein kleiner sein, desto komplizierter wird die ganze Geschichte. Allein schon, beispielsweise im Gemüsebau oder Gemischtbetrieb, der Gemüsebau hat, der Tiere hat, das alles zu beantragen und dort auch zu dokumentieren im Antragsverfahren, ist deutlich aufwendiger, als wenn ich jetzt einen reinen Marktfruchtbetrieb habe, vielleicht mit einer 4- oder 5-feldrigen Fruchtfolge und dann ist der Agrardruck, auch wenn es sich um 1000 Hektar handelt, deutlich schneller umgesetzt. Das muss man so sagen. Und dann kommt natürlich auch hinzu, dass in der Tendenz her kleinere Betriebe eben, was auch das Büromanagement angeht, also dass sie noch mal zusätzliches Personal haben, vielleicht nicht so groß aufgestellt sind. Also, auch die Arbeitsbelastung je Hektar Einheit vielleicht auch größer ist, je diverser auch ein Betrieb ist.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke schön. Jetzt gibt es eine Ergänzung von Frau Meyer. Bitte schön.

GF **Christiane Meyer**: Ich würde gerne dazu noch ergänzen, dass wir damit auch sozusagen jede Veränderung in dem Betrieb, würde ich mal sagen, begrenzen, weil eben jede Veränderung, Tiere dazu oder Tiere abschaffen oder vielleicht eine neue Kultur, wie gesagt, vielleicht in Gemüsebau einsteigen oder oder oder wird eben dadurch auch unglaublich erschwert, würde ich jetzt mal sagen. Genau.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke schön. Herr Stein, bitte schön.

Abg. **Thore Stein**: Ja, Ich muss auch noch mal Frau Meyer fragen: Wir hatten in der Runde vorher auch Herrn Paetow hier und Herr Paetow hat ausgeführt, dass ja auch

die Kappung Limitierung der Direktzahlungen im Raum steht, ab 2028 von 150 auf 75 € je Hektar, also eine Halbierung, ich weiß nicht, die LMS Agrarberatung wird ja sicherlich auch Betriebsauswertungen machen, nehme ich an. Das heißt, wie sind denn da aktuell überhaupt die Gewinne je Hektar bei unseren Betrieben? Lässt sich das grob so im Mittelwert sagen? Oder anders die Frage wie dramatisch wird es, wenn diese 75 € auf den Hektar fehlen für die Betriebe?

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Frau Meyer, bitte schön.

GF **Christiane Meyer:** Ich glaube, auf das dünne Eis möchte ich mich ungern begeben, da jetzt Zahlen zu nennen, zumal ich das sicherlich auch noch mal konkret bei den Kollegen nachfragen müsste, die diese Auswertung machen. Aber ich bin mir sicher, es gibt sicherlich Betriebe, die davon ein Stück weit unabhängiger sind, gerade die, die vielleicht auch Möglichkeiten haben in erneuerbaren Energien, aber sicherlich wird es einen großen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe haben.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Gibt es weitere Fragen? Frau Berg? Bitte schön.

Abg. **Christiane Berg:** Meine Frage ginge auch an die Landgesellschaft. Hier geht es ja darum, dass Sie in der Beantwortung schreiben, dass es geplant sei, eine Tochtergesellschaft Energieland MV GmbH zu gründen. Die Frage stellt sich ja dann, ist das die originäre Aufgabe der Gesellschaft bzw. ist das satzungskonform? Und ist das nicht auch eine Konkurrenz zu privaten Beratern, Energieberatung und ähnlichen?

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Bitte schön, Frau Degen-Lesske.

Daniela Degen-Lesske: Danke. Die Energieland MV GmbH ist gegründet als Tochter der Landgesellschaft. Wir machen mit dieser Tochter aber keine Energieberatung, sondern wir haben sie vordergründig für unser Engagement im Land im Bereich der erneuerbaren Energien gegründet und haben das gemacht, um eben die Landgesellschaft zu schützen. Weil, die Landgesellschaft ist körperschaftssteuerbefreit, überwiegend, für die Bereiche, die sich mit Agrarstruktur und Landentwicklung befassen. Und wir sind zu dem Zeitpunkt, als wir über die

Gründung entschieden haben, davon ausgegangen, dass die Windenergie insbesondere, also PV- Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen ist da nicht unser Geschäftsmodell, vornehmlich die Windenergieanlagen einen großen Raum, ein großes Geschäftsfeld werden. Und hatten ganz einfach die Befürchtung, dass wir dann mit unserer Körperschaftssteuerbefreiung kollidieren, die die Landgesellschaft ja bewahren möchte. Also keine Energieberatung, sondern Engagement im Bereich der erneuerbaren Energien, vornehmlich Windenergie.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Gibt es weitere Fragen? Jetzt würde ich mich dann mal als Abgeordnete auf die Frageliste setzen. Erst mal eine Frage an Frau MeYer. Frau Meyer, Sie hatten geschrieben, dass Sie im Moment vom Land zwischen 5 und 6 % für Ihren Haushalt benötigen, damit Sie überhaupt Ihre Beratungstätigkeit noch nachkommen können. Das ist das eine. Ist das ausreichend finanziert? Das ist die erste Frage. Ich kenne Sie als Agrarberatung noch tatsächlich aus dem Bereich der Beratung für die Milchviehbetriebe in Größenordnungen, da ist auch sehr viel Gutes passiert was in Richtung Stallbau ging, was Richtung Fütterungsregime ging und ich glaube, das ist etwas, was durchaus wieder aufgegriffen werden könnte, sollte. Das haben Sie ja auch selber gesagt. Wie gesagt, kommen Sie mit den 5 bis 6 % aus? Das wäre die erste Frage. Und die zweite ist: Sie haben geschrieben, dass ein kleiner Betrieb mit 38 Bodenpunkten schwer überleben kann. Und da würde ich gern mal die Definition von klein aus Ihrer Sicht hören, Weil klein kann 280 Hektar sein oder 800 im Vergleich zu 3000. Also die beiden Fragen hätte ich erst mal an Sie.

GF **Christiane Meyer:** Ich würde vielleicht auf die zweite Frage zuerst antworten. Genau die Definition von klein, ich denke, die kann man so eng auch gar nicht fassen. Aber ohne Frage sind die Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern, ich komme nun aus Schleswig-Holstein, da kann man auf 50 Hektar mit 20 Hektar Kohlanbau sehr gut überleben. Das ist in Mecklenburg natürlich mit den entsprechenden Bodenverhältnissen einfach so nicht machbar. Das wollte ich damit sagen, dass die Idee, die Betriebsstruktur zu verkleinern, glaube ich, einfach nicht umzusetzen ist, meiner Meinung nach. Wobei ich mich da nicht auf eine Grenze von 600.000 oder 1.500 Hektaren beschließen würde. Zu der ersten Frage, wenn Sie nach Zuschüssen fragen, dann ist unsere sozioökonomische Beratung der Bereich, der mit 5 % circa Zuschuss aus unserem Haushalt unterstützt wird oder überhaupt getragen wird. Wir

sind natürlich über das Beleihungsgesetz, auch mit der LFB kriegen wir weitere Gelder vom Land und haben auch Aufgaben im öffentlichen Interesse, die Anteile unseres Haushaltes ausmachen. Aber der Zuschuss in der Formulierung sozusagen geht ausschließlich in unsere sozioökonomische Beratung, das heißt, der Bereich Agrarberatung bekommt keinerlei Zuschuss. Das heißt, da sind wir, wie gesagt, ausschließlich am Markt tätig und da herrscht Angebot und Nachfrage. Und genau der Zuschuss unterstützt eben das Angebot der sozioökonomischen Beratung.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Dann habe ich gleich noch eine Nachfrage, wenn ich darf: sozioökonomische Beratung, was ist das?

GF **Christiane Meyer:** Ja, sehr gerne. Die sozioökonomische Beratung ist ein Angebot des Landes dann sozusagen, was das Land finanziert und in der LMS Agrarberatung angesiedelt hat um Betriebe, die in eine wirtschaftliche Schieflage geraten sind, zu unterstützen. Und auch, was bei uns einen immer größeren Anteil ausmacht, ist auch die Beratung zur Hofübergabe. Dadurch, dass es in Mecklenburg-Vorpommern ja keine Höfeverordnung gibt, so wie in anderen Bundesländern, ist das durchaus teilweise ein sehr komplexer Vorgang, der eben auch durchaus sehr viel Mediation und externer Begleitung bedarf, damit dann am Ende weder der Betrieb noch hoffentlich die Familie darunter leidet. Und das sind eigentlich die Bereiche, die die sozioökonomische Beratung hauptsächlich beschäftigen.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön. Ist ja auch ein ganz wichtiger Bereich, gerade Betriebsübergabe. Wir wollen ja, dass die Betriebe erhalten werden. Also es ist ja so ein Kernanliegen auch. Ich frage noch mal in die Runde, Fragen dazu? Dann Herr Damm, erst mal. weil dann setze ich mich selber auch noch mal auf die Fragenliste. Ich habe noch ein paar weitere. Danke schön, Frau Berg.

Abg. **Christiane Berg:** Meine Frage geht noch mal an die Landgesellschaft, nicht an die LMS. Wie hoch, es ging um Flurordnungsverfahren, wie hoch ist der Anteil dieser Verfahren? Können Sie das so sagen, die durch die Landgesellschaft durchgeführt wurden? Und gibt es dazu Gespräche mit der Landesregierung, die teilweise ja auch da mit eingebunden ist?

GF **Daniela Degen-Lesske**: Wie viele Verfahren wir hatten oder wie viele wir aktuell haben? Aktuell haben wir noch 10 bis 12, die genaue Zahl kann ich jetzt nicht sagen. Es ist mittlerweile so, dass wir keine ganzen Verfahren mehr übertragen bekommen, sondern nur noch Teilschritte und das im Zusammenwirken dann mit den staatlichen Ämtern für Landwirtschaft und Umwelt. Die haben angearbeitete Verfahren und haben eine Vielzahl an Verfahren und das, wo es sich anbietet und die StALUs es nicht schaffen, treten wir in die Verfahrensbearbeitung ein und das ist möglich durch eine verbindende Software, wenn sie denn funktioniert, sag ich mal, Klammer auf, Klammer zu, dass quasi die Verfahrensbearbeitung ortsunabhängig passieren kann. Das betrifft die nicht Flurbereinigungsverfahren. Da, wo es Flurbereinigungsverfahren sind, kriegen wir nur Werkverträge, weil wir nicht die geeigneten Voraussetzungen erfüllen. Hilft Ihnen das? Okay.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke schön. Gibt es weitere Fragen? Herr Damm, Bitte schön.

Abg. **Hannes Damm**: Diese geht an die Landgesellschaft. Sie hatten das auch in den Antworten mit drin, Thema „Nasse Bewirtschaftung“ und zwar sprechen Sie hier auch von Beispielen für die thermische oder stoffliche Verwertung der aufwachsenden Biomasse. Ich habe mich gefragt, Sie sagen ja auch, dass das nicht absehbar, jedenfalls nicht ohne Förderanreiz geht, zumindest die Umstellung zu etablieren, bevor man dann möglicherweise auch ein Geschäftskonzept hat, was dann selbst tragfähig ist. Meine Frage ist jetzt, wir versuchen ja verschiedene Ideen auf politischer Ebene umzusetzen, zum Beispiel die Förderung von Startups in diesem Bereich, Innovationsförderung, keine Ahnung was, das bezieht sich aber alles auf die stoffliche Verwertung. Ein Ansatz, der zumindest in der wissenschaftlichen Community diskutiert wird, Greifswald Moorzentrum zum Beispiel, ist, ob man nicht auch die thermische Verwertung fördern kann, staatlich zum Beispiel, indem man sagt, wir nehmen hier an, je nachdem, was da für eine Biomasse drauf wächst, können wir den Wasserstand unter Flur auch abschätzen und vergüten, weil es ja dann sozusagen Biobrennstoffe sind, wenn man so möchte, nicht anders als Biogas, wenn man das dann in so einem Heu-Stroh-Heizkraftwerk, wie es ursprünglich mal in Neukalen gab, dann verwertet. Haben Sie sich mal mit so einer Fragestellung auseinandergesetzt und können Sie sich vorstellen, ob so eine, auch wegen der Skaleneffekte, weil man dann ja gleich

auch eine große Fläche hat für den Anbau zur thermischen Verwertung, wäre das was, was wirtschaftlich für die Betriebe attraktiv sein könnte aus Ihrer Sicht?

GF **Daniela Degen-Lesske**: Das kommt darauf an, würde ich sagen. Wir selbst haben damit noch keine Erfahrung, weil wir in unserem Paludi-Pilotprojekt, was wir fürs Bundesumweltministerium umsetzen, diese Verwertung ausdrücklich ausgeschlossen haben. Möglicherweise, wir haben ja eine Ergänzung dieses Pilotprojekts, auch die Mooragentur bei uns im Aufbau oder in den Anfängen, möglicherweise ist es eine Fragestellung, die die Mooragentur ja mit begleiten kann. Selbst haben wir noch keine Erfahrungen und ich wüsste jetzt auch nicht, auf welcher Basis man da an Zahlen kommt, muss ich gestehen.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Herr Damm eine Nachfrage. Bitte schön.

Abg. **Hannes Damm**: Danke. Dann stelle ich die Nachfrage mal zwei Schritte rausgezoomt. Aus den Erfahrungen, die Sie aber jetzt da machen, an welcher Stelle im System hakt es denn? Also, ist es so, dass es keine Absatzmärkte gibt für die Biomasse, die man auf den nassen Flächen generiert? Oder ist das Problem, erst einmal die Flächen so fit zu bekommen, dass man die Biomasse runterholen kann? Oder fehlt es denjenigen, die nachher in der Wertschöpfungskette weiter oben sitzen, eigentlich an verlässlichen Produzenten dieser Biomasse, dass sie sagen, wir können jetzt hier kein Wirtschaftssystem etablieren, weil wir wissen gar nicht, wo wir unseren Rohstoff herkriegern sollen. Oder ist das alles zusammen eher so ein Henne-und-Ei-Problem, dass der eine nicht zuckt, weil der andere nicht kann? Wo könnte man dann in dem System so ein bisschen den Schwung reinbringen, dass man es anschiebt? An welcher Stelle?

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Bitte schön.

GF **Daniela Degen-Lesske**: Tatsächlich ist es eine sehr komplexe Angelegenheit. Es geht los bei der Flächenverfügbarkeit, also, ganz beim Urschleim. Wenn dann, ich sage mal, ein Landwirt gewillt ist, sich diesem Thema zu widmen, geht es los: Habe ich geeignete Flächen? Habe ich Flächen, über die ich verfügen kann? Kann ich alleine verfügen über das Areal, um das es geht? Wie schütze ich meine Nachbarn, die

vielleicht keine nasse Bewirtschaftung mitmachen wollen, wenn die nicht davon überzeugt sind? Was baue ich an? Wie pflege, bewirtschafte ich das, was ich anbaue? Wie ernte ich es? Wo lagere ich es und habe ich einen Abnehmer? Und die Frage der Abnehmerschaft haben wir bisher noch gar nicht beantworten müssen in unserem Paludi-Projekt, weil wir so weit noch nicht gekommen sind. Da gibt es bisher theoretische Ideen und auch Initiativen, ich weiß von der Otto-Stiftung, dass dies für Verpackung usw. nehmen, aber das ist noch nicht zu Ende. Und wenn es um die Tätigkeit unserer Mooragentur geht, ist es tatsächlich so, die gehen zu den Landwirten, fragen sie nach der nassen Bewirtschaftung, die sagen 'ja, kann ich mir vorstellen, wo ist die Förderung, dass ich meine wirtschaftlichen Einbußen, mit denen ich ja erst mal rechnen muss, wenn ich umstelle, wo kann ich die Förderung beantragen?' So einfach ist es.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Dankeschön, erst mal. Gibt es weitere Fragen. Sie würden gerne ergänzen, Herr Bilau. Dann tun Sie das erst mal, bitte schön.

Arne Bilau: Ja, ich habe auch mit Betrieben zu tun, die eben nasse Böden bewirtschaften. Und wir fragen uns immer wieder, warum kommt der Motor nicht so richtig in Gang? Also die gesamte Wertschöpfungskette funktioniert ja noch nicht in dem Bereich und Kernthema ist ja immer die Verwertung der Aufwüchse. Was kann ich damit machen? Es gibt durchaus schon einige Produkte oder auch Ideen dazu, wie man die Aufwüchse dann auch letztendlich in unterschiedlichsten Formen nutzen kann. Eine Nutzungsform ist ja vor allen Dingen die Baustoffindustrie. Dämmmaterialien, das ist ein sehr hohes Potenzial und auch in anderen Bereichen auch selbst im Bereich Verpackung. Da stoßen diese Produkte letztendlich immer an die Grenze der DIN-Normen, die wir haben in Deutschland, gerade im Baubereich, homogenes Material, mit der und der Anforderung, die sind auch gerade in der höchsten Diskussion. Und diese homogenen Anforderungen, die letztendlich sich aus den DIN-Normen ergeben, die kriegt man mit den Produkten so nicht hin oder mit den Aufwüchsen, das herzustellen. Und daran hapert es. Wir müssen eigentlich, wenn wir da den Motor ein bisschen mehr in Gang bringen wollen und auch die Nachfrage letztendlich und auch letztendlich die Industrie aufbauen wollen dazu, dann müssen wir an den DIN-Normen maßgeblich arbeiten, die auch aus heutiger Sicht, auch wie wir in Zukunft ja auch bauen wollen, durchaus auch fraglich sind, ob die heute noch so

notwendig sind und noch mal überarbeitet werden müssen. Das wäre noch so als Ergänzung.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke schön noch mal für diese Ergänzung. Dann hätte ich jetzt eine Frage noch einmal an Frau Degen-Lesske. Diese Energieland MV, Sie haben da ja zwei Schwerpunkte, einmal dieser Schwerpunkt, der um Windkraftausbau geht. Da hatten Sie ja auch noch mal kurz aufs BüGem hingewiesen, das kommt ja jetzt und dass eventuell sogar als Barriere anzusehen ist, in dieser Höhe. Die zweite Frage wäre noch mal Biogasanlagen, Biomethanerzeugung. Das ist ja ein Punkt, den Sie durchaus mit in die kommunale Wärmeplanung einbeziehen. Wir haben Biogasanlagen bei uns im Land, über 400. Diese Biomethanerzeugung wäre ja sozusagen die Reserve für die Winterhalbjahre, die wir als Einspeisung nutzen könnten. Wie weit können Sie dort beraten oder mitarbeiten, dass die Betreiber dieser Biogasanlagen auch tatsächlich sich darauf einlassen, beim EEG gibt es ja auch besondere Bezahlungen für diese Winterproduktion, dass Sie sich genau auf diese Betreibermodelle, einlassen. Haben wir da überhaupt schon Betreibermodelle dafür? Oder wie funktioniert das? Wie kann ich mir das vorstellen?

GF **Daniela Degen-Lesske:** Danke. Einmal zum BüGem, wir sehen es in der Fassung, die uns im Entwurf vorgelegen hat, eben kritisch, dass die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Projekte belastet wird. Durch die festgelegten Beteiligungszahlungen, und das bestätigen uns auch die Projektentwickler, dann zu sehr kritischen Prüfungen der einzelnen Projekte führen und immer im Einzelfall zunehmend abgewogen wird, lohnt es sich noch, dieses Projekt überhaupt in die Umsetzung zu bringen oder schreibt es nur gerade so die schwarze Zahl? Und dann kann es sein, dass Projekte dann eben nicht umgesetzt werden durch diese zusätzliche Belastung. Zu Ihrer zweiten Frage, wir haben Fälle, wo wir diese Biomethanproduktion aus den Biogasanlagen schon mit begleiten. Es ist ein Geschäftsfeld, was wir verfolgen. Es ist jetzt aber noch nicht flächendeckend, aber es gibt Fälle im Land.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Ich würde gerne noch eine Nachfrage stellen. Diese Biogasanlagen, die brauchen ja auch energiereiche Pflanzen, weil Herr Damm das vorhin gefragt hat, mit diesen energiearmen Moorpflanzen, ließe sich das bewerkstelligen oder eher aus Ihrer Sicht nicht?

GF **Daniela Degen-Leske**: Da muss ich passen. Das ist zu speziell. Das weiß vielleicht Herr Bilau.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Ja, übergebe ich mal an Herrn Bilau

Arne Bilau: Es gibt ja unterschiedliche Fermentationsverfahren, also Trocken- oder Nassfermentation und letztendlich: die meisten Biogasanlagen, die auch Aufwüchse, auch vielleicht vom Grünland, die eben nicht so die hohe Qualität haben, verwerten können, das müssen ja auch schon spezielle Anlagen sein, die entsprechende Schnecken haben usw., dass es gefördert werden kann, weil es langstrohiger ist, es ist zäher das Material, deshalb nicht jede Biogasanlage, die jetzt schon besteht, ist dafür geeignet. Aber das Wesentliche ist, dass man dann eben ergänzend, vielleicht um diesen Steuerungsprozess dann auch hinzukriegen und auch letztendlich die Methanausbeute zu generieren, dass man dann eben noch ergänzende Materialien mit einfügt, also Substrate. Das kann Mais sein, das kann aber auch Klee gras sein. Im Ökolandbau beschäftigen wir uns auch sehr stark mit dieser Frage, gerade auch im Hinblick geschlossene Nährstoffkreisläufe, das ist ja eigentlich auch ein ganz wichtiger Punkt. Wie können wir in der Landwirtschaft mal eigene Nährstoffe erzeugen und nicht nur mineralischen Stickstoff zukaufen? Da könnte das auch eine Schlüsselrolle mitspielen, dass wir eben auch diese nassen Moorstandorte über Biogasanlage, über eine Aufbereitung von diesen Materialien als Dung, dass wir das mit einbeziehen und auch stärker denken und in Ergänzung mit anderen Substraten ist es durchaus möglich, solche Vergärungen hinzukriegen. Drei Anlagen sind mir bekannt, da an der Oder in der Gegend, das ist Brandenburg, die eben solche Aufwüchse eben auch verwerten und auch sehr erfolgreich im Verbund von mehreren Betrieben.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke schön. Ganz interessant, weil der Stickstoff dann ja wieder reinkommt durch das Klee gras. Sehr gut. Entschuldigung, Herr Damm, bitte schön.

Abg. **Hannes Damm**: Herr Damm kann kurz auflösen, wie das gemeint war. Es ging jetzt in meiner Frage nicht um Biomethanverwertung, also keine Fermentationsprozesse, weil es ja schon so ist, dass die Moorstandorte jetzt nicht die

energiereichsten Pflanzen wachsen lassen. Es geht um die reine Faser, also Kohlenstofffaserverwertung, das heißt im Trockenbrennstoffe, also Stroh- und Heuheizkraftwerke. Und da war die Frage, wenn jetzt sozusagen in der Wirtschaftsstruktur gesagt wird: Na ja, wir wissen gar nicht mit dem ganzen Materialfragen, jetzt haben Sie gesagt, da sind Sie noch gar nicht, weil man erst mal sich um alles andere kümmern muss. Dann wäre es doch aus meiner Sicht eine attraktive Herangehensweise zu sagen, ich baue erst mal, was ich eigentlich im Prinzip kann, Heu an, muss mir noch überlegen, wie hole ich das von der nassen Fläche runter, weil, das ist ja nicht ganz so trivial, wenn es eine nasse Fläche ist und wann macht man das, im Winter, mit welchem Wasserstand etc. und das verwerte ich dann einfach nur thermisch. Und wenn ich erst mal da einen Abnehmer habe, was gefördert wird, über das EEG-Konto, eine stabile Produktion herangezüchtet habe, dann kann ich mir überlegen, wie gehe ich danach in eine stoffliche Verwertung, wenn erstmal der Rohstoff da ist in einer bestimmten Qualität mit einer bestimmten Zuverlässigkeit. Und da ist ja normalerweise die Wertschöpfung größer als bei der thermischen Verwertung, so dass man dann auch, ich kenne das Problem, dass man sagt, wir wollen jetzt eigentlich lieber in die stoffliche Verwertung zuerst reinkommen. Ich glaube daran, dass man ohnehin in die stoffliche Verwertung nachher reinkommt, weil eben die Wertschöpfungspotenziale größer sind und dass am Ende selbst eine geförderte thermische Verwertung einfach ablösen wird. Wenn es jemanden gibt, der dann sagt, ich habe hier ein Bündel Rohstoffe, die kann ich kaufen, die kann ich in meine DIN-Normen Prozesse dann auch mal zwei, drei Jahre lang austesten und muss nicht einen Bauern finden, der zu einem enormen Aufwand erst mal eine Fläche irgendwo vernässt, um mir dann für einen horrenden Preis Biomasse abzugeben, sondern der zwackt dann halt mal zwei Ballen ab, die sonst in die Verwertung thermisch gegangen wären. So ist die Idee jedenfalls.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger**: Danke schön noch mal für die Erläuterung. Herr Pagels hatte sich jetzt dazu gemeldet. Bitte schön.

Till Pagels (Landgesellschaft M-V mbH): Ja, die Landgesellschaft kann da vielleicht ein bisschen aus Erfahrung sprechen. Seit Jahren betreiben wir eine Stromheizungsanlage, defizitär und genau einer dieser Faktoren ist halt die Homogenität oder die fehlende Homogenität des Materials und die BlmschG-

Verordnung dazu. Wir reißen regelmäßig mit unserer Anlage haben wir große Probleme, diese Grenzwerte, was die Schadstoffe anbelangt, einzuhalten und das ist mit eines der größten Probleme, dass diese Regularien, wir kriegen Wärme raus, ja, Rentabilität ist aber nicht gegeben. Und es gibt noch eine weitere Anlage in Mecklenburg-Vorpommern, die uns bekannt ist, die das mal ausprobiert hat. Die wird so nicht mehr betrieben und von daher ist das eines der Probleme, dass die Grenzwerte dort einfach zu schwierig sind einzuhalten und wir kriegen es schon mit Stroh nicht hin und haben schon wirklich viel ausprobiert bisher. Ja, also die Prüfungen vom StALU sind dann im Endeffekt das Problem für uns. Und der TÜV kommt natürlich auch noch mit dazu. Das ist eine Problematik, die wir da haben, sonst wäre das wahrscheinlich der einfachste erste Weg, um es zu nutzen.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Danke noch mal für diese kühle Einordnung. Gibt es weitere Fragen? Herr Damm? Bitte schön.

Abg. **Hannes Damm:** Ich glaube, das müssen wir wahrscheinlich dann woanders fortsetzen. Aber mir sind solche Projekte mit Strohheizkraftwerken aus Dänemark zum Beispiel bekannt und das ist ja eine europäische Norm. Deswegen müssen wir uns da mal unterhalten, also machen wir wahrscheinlich außerhalb des Ausschusses.

Zwischenruf ohne Mikro

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Herr Pagels, bitte machen Sie das Mikro an. Sagen Sie das alles noch mal, dann haben wir es im Wortprotokoll stehen.

Abg. **Hannes Damm:** In Neukalen hat das gut funktioniert. Da war ja der Abnahmevertrag das Problem.

Till Pagels: Wir probieren es mit Stroh, es ist eine dänische Anlage. Die Dänen in Dänemark sind ja Vorreiter. Aber das sind nun mal deutsche Normen, die uns da auferlegt werden, was die Abgaswerte angeht und auch die Rohasche nachher. Die Rohaschewerte, insbesondere Chlor, sind da Probleme, die wir reißen. Und das ist Bundesgesetzgebung. Das ist nichts, was europäische Gesetzgebung ist. Und da wird

ein Riegel von der anderen Seite vorgeschoben. Da können wir es ausnahmsweise nicht auf die EU schieben.

Vors. **Dr. Sylva Rahm-Präger:** Dankeschön, Ich schaue in die Runde. Es gibt jetzt, glaube ich, keine weiteren Fragen. Sie haben ja zumindest einen Großteil schon schriftlich beantwortet, das liegt uns vor. Es war interessant, in vielerlei Hinsicht diesen kurzen Exkurs zu machen. Wir haben wenig über den Haushalt gesprochen, viel über tatsächliche Inhalte, was wahrscheinlich auch für die Zukunft deutlich wichtiger ist. Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie hier gewesen sind, dass Sie sich die Zeit genommen haben für uns und wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Und ich hoffe, dass Sie, wenn wir Sie das nächste Mal brauchen, auch wieder kommen. Herzlichen Dank. Und dann würde ich jetzt die Sitzung um 15:20 Uhr schließen und die nächste Sitzung beginnt um 16:00. Wir können auch leider nicht vorverlegen, weil die neue Anzuhörende sind erst zu 16:00 eingeladen. Also herzlichen Dank. Wir unterbrechen die Sitzung. Danke schön.

PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG

16:00 Uhr – 17:15 Uhr

Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu den Vorlagen zum Entwurf des Haushalts 2026/2027 auf den Drucksachen 8/5199, 8/5200 und 8/5198 und insbesondere zu dem Thema:

Klimaschädliche Subventionen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt

- Bauernverband MV
- Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM)
- Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.

Vors. **Falko Beitz**: Es ist 16:00 Uhr, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Sachverständige! Ich freue mich, Sie zu dieser nunmehr dritten Anhörung heute zu begrüßen. Ich begrüße ganz besonders herzlich Herrn Dr. Martin Piehl vom Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern und Herrn Karsten Hansen vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e. V. hier heute in Präsenz. Frau Carolin Schenuit vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. ist uns heute digital zugeschaltet. Auch Sie möchte ich herzlich willkommen heißen zur heutigen öffentlichen Anhörung des Agrarausschusses. Sehr geehrte Sachverständige, für Sie als Sachverständige besteht jetzt die Möglichkeit, auf besondere auch über die Fragestellungen des Ausschusses hinausgehende Sachverhalte hinzuweisen und ebenso auf besondere Problemstellungen einzugehen. Dazu hat jede Institution jeweils fünf Minuten Zeit. Die Sachverständigen bitte ich bei ihrem Vortrag oder bei den Antworten im Rahmen der Diskussionsabschnitte das vor Ihnen stehende Tischmikrophon einzustellen. Die Diskussion bzw. Fragerunde der Abgeordneten wird hier direkt im Anschluss an die Vorträge aller Sachverständigen im Blog stattfinden. Bevor wir nun in die einzelnen Ausführungen starten, möchte ich noch darauf aufmerksam machen, dass der Landtag vom Einverständnis der Sachverständigen ausgegangen ist, dass diese öffentliche Anhörung aufgezeichnet und schriftlich wiedergegeben wird und dass auch die schriftlichen Stellungnahmen sowie die Statements und Präsentationen sowie gegebenenfalls Bildmaterial über die Website des Landtages öffentlich zugänglich gemacht werden. Gibt es gegenteilige

Auffassungen der Sachverständigen dazu? Schau einmal in die Runde. Das sehe ich, ist nicht der Fall. Dann ist das so akzeptiert. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns nun mit der Anhörung beginnen. Mit Herrn Dr. Martin Piehl vom Bauernverband. Bitte schön, Herr Piehl, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Piehl: Vielen Dank, Herr Beitz. Ich möchte mich auch herzlich bedanken für die Möglichkeit, hier heute zu dem vorgegebenen Thema eine Positionierung abgeben zu können. Wie Sie vielleicht unserer schriftlichen Stellungnahme entnommen haben dürften, hatten wir so ein bisschen gefremdelt mit der Bezeichnung klimaschädliche Subventionen. Woher kommt das? Das rührt daher, weil wir keine Legaldefinition gefunden haben, was klimaschädlich im Sinne des Fragestellers bedeutet. Es sind vielfältige Interpretationen möglich - Steuererleichterungen, Förderprogramme wären unter Subventionen mit zu subsumieren, aber wie gesagt, es gibt keine einheitliche. Und dann glauben wir, als Verband, dass es nötig ist, eine Subvention nur dann zu beurteilen, wenn man es ganzheitlich macht. Also, alle Aspekte der Nachhaltigkeit, meinetwegen auch mit einer gewissen Wichtung unterschiedlicher Aspekte und Zielrichtungen zu betrachten und dann erst das Urteil abzugeben, was klimaschädlich ist und was nicht. Wie kommen wir darauf. Eine Subvention ist dann klimaschädlich, wenn sie zu erhöhten Treibhausgasemissionen führt. Diese Bedingung wird aus unserer Sicht in keinem einzigen Subventionsprogramm, Förderprogramm des Landwirtschaftsministeriums, erfüllt. Zusätzliche Emissionen werden dadurch nicht erzeugt. Zweite Bedingung: Die Subvention führt zu einem Verhalten, das dem nachhaltigen Klimaschutz widerspricht, also, zum Beispiel, die den Verbrauch von fossilen Energieträgern fördert oder höhere Verkehrsemissionen fördert. Auch da haben wir eigentlich bei den vorliegenden Programmen im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Klimaschutz, Landwirtschaft und ländliche Räume nichts feststellen können. Die dritte Bedingung ist, es existieren Zielkonflikte zwischen Subventionen und Klimazielen. Zum Beispiel, wenn eine Maßnahme kurzfristig wirtschaftlich nützlich ist, aber langfristig die Emissionen erhöht. Da sind wir bei einigen durchaus im Zweifel. Aber das liegt daran, weil bei der Aufstellung von Förderprogrammen andere Ziele verfolgt worden sind als der Klimaschutz. Zum Beispiel das Ziel, die Tierhaltung zu stärken oder die Biodiversität zu erhöhen oder zu erhalten oder eben Arbeitsplätze zu erhalten. Dass das dann im Nachhinein durchaus mit dem Klimaschutz neu formulierten Zielen in

Konflikt kommt, es liegt in der Natur der Sache, weil, wie gesagt, die ursprüngliche Zielrichtung eine andere war. Dritte Bedingung, die Subventionen mindert Anreize zur Emissionsreduzierung und verzögert notwendige Anpassungen zur Reduzierung von CO₂ und anderen Klimagasen. Auch da können wir nur darauf verweisen, dass die Zielrichtung der Programme im Landwirtschaftsministerium eine andere ursprünglich war und jetzt im Nachhinein natürlich mit den formulierten Klimazielen auch des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Konflikt gerät. Also ein klassischer Zielkonflikt, der durch Abwägung gelöst werden sollte. Besonders in Bezug auf den Punkt D können wir eigentlich nur Vermutungen anstellen, dass der Initiator dieser Fragerunde zu den klimaschädlichen Subventionen eigentlich im Blick hat, die Grünlandnutzung und die Förderung der Tierhaltung, eventuell auch noch der ganze Komplex der Mobilität im Landwirtschaftsbereich könnte damit gemeint sein. Zu diesen drei möchte ich ganz kurz ein paar Bemerkungen abgeben. Im Bereich der Grünlandnutzung im Lande Mecklenburg-Vorpommern führt eine Förderung in unterschiedlicher Höhe genauso auch wie die Basisförderung der EU dazu, dass die Nutzung dieser landwirtschaftlichen Flächen lukrativ bleibt, also weiterhin in Nutzung gehalten wird. Wenn das nicht der Fall wäre, wären Landwirtschaftsbetriebe gezwungen, diese Nutzung einzustellen. Das hätte ungeahnte Folgen, sowohl im Bereich der Ökologie als auch im Bereich der sozialen Sicherung im ländlichen Raum. Im Bereich der Ökologie möchte ich darauf hinweisen, dass ordnungsgemäß bewirtschaftete Grünlandflächen eine Biodiversitätsquelle sind und dazu beitragen, dass auch Arten in der Landschaft vorhanden sind, die ohne Grünlandnutzung nicht da wären. Die normale Vegetationsform auf den meisten Flächen wäre in Mitteleuropa der Wald mit allen Folgen für diejenigen Organismen, die auf Grünland heimisch sind. Deswegen folgen in Bezug auf die Biodiversität dann ein Stück Wertschöpfung geht verloren. Ich verweise da mal auf Beratergrundwissen - 100 Hektar Grünland, 100 Großvieheinheiten, die das Grünland als Futterbasis nutzen, eine Arbeitskraft, die ihr Einkommen auf dieser Fläche erwirtschaftet, das heißt je 100 Hektar Grünland nicht mehr in der Nutzung würde eine Arbeitskraft ihre Basis in der Primärproduktion verlieren, ganz unabhängig jetzt, ob Milch, Schaf oder Fleisch. Das hätte natürlich Folgen im ländlichen Raum. Arbeitsplätze gingen verloren. Wenn man einfach mal das Grünland hochrechnen würde, wären das etwa 2600 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, die von der Grünlandnutzung abhängen. Ich glaube, das muss man in Betracht ziehen, bevor man dort in der Abwägung zwischen den Zielen Klimaschutz,

Biodiversität, Soziales und Ökonomisches eine Priorisierung durchführt. Das hat man nicht getan und deswegen hat man es den Gutachtern überlassen, dieses selbst durchzuführen. Und das ist unsere Einschätzung, die wir in Bezug auf die Grundlagen der Förderpolitik im Ministerium setzen. Darüber, denke ich, sollte man hinaus auch noch den großen Bogen spannen, Deutschland hat einen Selbstversorgungsgrad von circa 80 %. Jede Kalorie, die für die Ernährung nicht im eigenen Land erzeugt wird, muss importiert werden, mit Folgen, sowohl für die Transportaufwendungen, die weiterhin vorrangig mit fossilen Energieträgern durchgeführt werden - also mehr Transportaufwand. Und natürlich mit Folgen für die Herkunftsländer dieser Produkte, unter Umständen auch verbunden mit Landnutzungsänderungen in diesen Herkunftsländern in Richtung noch stärkerer Klimabelastung. Insofern plädieren wir dafür, dass es weiterhin in der Förderpolitik darum gehen muss, eine flächendeckende Landbewirtschaftung in Europa, insbesondere in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern, zu erhalten. Die in Rede stehenden Subventionen führen dazu, dass dieses weiterhin möglich ist, sowohl in Bezug auf die pflanzliche Produktion, als auch auf die tierische Produktion im Bereich der Landwirtschaft und damit liefern Sie einen wertvollen Beitrag für den Selbstversorgungsgrad, gerade geostrategisch immer wichtiger, als auch für die Preisgestaltung und am Ende dann für den Endverbraucher. Danke schön!

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank für Ihr Statement, Herr Dr. Piehl. Meine Damen und Herren, wir setzen fort mit Karsten Hansen vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e. V. Bitte, Herr Hansen, Sie haben das Wort.

Karsten Hansen (Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e. V.): Recht herzlichen Dank. Ich würde dann gerne einmal die Aufmerksamkeit ein bisschen spitzen. Der Tag ist ja nun schon ein bisschen vorangeschritten, aber dass jeder noch mal jetzt kurz zuhört. Ich habe mich auch für über zwei Stunden auf den Weg gemacht, bin seit heute Morgen um drei in Gang, weil wir Roboter Störungen hatten. Also wäre es jetzt doch mal nett, wenn wir uns alle gemeinsam eine halbe Stunde an Riemen reißen, damit wir das hier erfolgreich zum Abschluss bringen. Wir als Bundesverband Deutscher Milchviehhalter und als Milcherzeuger in Mecklenburg und Deutschland sehen grundsätzlich jegliche Förderungen und Subventionen als sehr kritisch an. Wir möchten gerne unser Einkommen über den Markt generieren, weil hier in den letzten

20 Jahren so einiges schiefgelaufen ist. Und der Kollege hat es angesprochen, klimaschädliche Subventionen, das ist breit zu definieren. Wir haben das einfach so, wie wir es auch schriftlich niedergelegt haben, die GAP-Reform verteilt das Geld gießkannenförmig über alle Flächen, somit derjenige, der am größten ist, bekommt am meisten Geld. Das wird hier nicht zielfördernd gefördert oder es wird auch nicht explizit gefördert, wer klimaschutzfreundlich arbeitet. Hier ist aus Sicht des Klimaschutzes ein Riesenzielkonflikt. Und auch arbeitsintensive Betriebe oder gerade Tierhaltungsbetriebe, die benachteiligt sind, werden hier nicht gefördert. Wenn, dann müsste eine Förderung dahin umgebaut werden, dass diese Verluste oder Ertragsverluste, die in Veredelungsbetrieben entstehen, dadurch, dass Klimaschutz, beispielsweise Moorschutz, gemacht wird, die Verluste ausgleicht, keine Gewinne damit erzielt. Aber hier müsste ein Anreiz sein, dass das Einkommen über den Markt kommt und die Ausgleichszahlungen für diese Kompensation genutzt wird, wo der Ertrag nicht generiert werden kann. Ähnlich ist es mit dem Agrardiesel, das ist auch eine breit gestreute Subvention. Kommt bei großen Flächen, wird gießkannenförmig wieder über alle verteilt. Aber der Betrieb, der auf Grünland wirtschaftet oder Klimaschutzziele machen kann, wird da nicht bessergestellt oder sowas. Also, hier haben wir einen gewissen Konflikt, aber das Land Mecklenburg hat ja eigentlich schon sehr gute Moorschutzprogramme aufgelegt und arbeitet hier eng mit den Landwirten zusammen und da schließe ich mich auch dem Vorredner an, Betriebe, die in der Primärproduktion da sind, sollten unterstützt werden und das macht das Land Mecklenburg-Vorpommern auch zum größten Teil, dass man hier Rücksicht nimmt, dass man hier gemeinsame Wege findet. Aber auch die Milchbauern sind hier durchaus bereit, Anpassungen vorzunehmen, wenn es denn ein gemeinsames Ziel dafür gibt und keine wirtschaftlichen Nachteile dabei entstehen müssen. Das wäre so aus unserer Sicht das Wichtigste. Wie gesagt, Wiedervernässung wird vorgenommen. Da ist aber auch, über die Agrarförderung wird halt jeder gleich, also jemand, der intensiv das Grünland bewirtschaftet, genauso gut bezahlt wie jemand, der ökologisch wirtschaftet oder mehr für den Klimaschutz tut. Also, hier ist generell die Gießkanne, die von oben kommt, muss anders aufgestellt werden. Danke schön.

Vors. **Falk Beitz:** Vielen Dank, Herr Hansen, für den kompakten Vortrag. Ich schaue nun in den digitalen Raum und übergebe das Wort an Frau Carolin Schenuit vom

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. und stelle aber jetzt fest, dass das Bild irgendwie nicht mehr da ist. Frau Schenuit, hören Sie uns? Ja, ich hoffe.

Carolyn Schenuit (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.): Wenn ich anfangen zu reden, geht das Licht auch wieder an, meine Kamera ist aktiviert.

Vors. **Falk Beitz**: Das ist wunderbar. Wir hören Sie, das ist wichtig. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Carolyn Schenuit: Vielen Dank. Ich bedanke mich auch ganz herzlich für die Einladung. Bitte um Entschuldigung, dass ich nicht persönlich bei Ihnen sein kann heute Nachmittag. Ich hatte heute Vormittag noch und heute Nachmittag auch noch Verpflichtungen in Berlin und hoffe aber, dass trotzdem alles jetzt dank der Technik gut funktioniert und sie mich auch gut hören können. Ich sehe im Bild, dass Sie mich nicht sehen. Ich versuche noch mal an und aus. Das übliche Spiel. Weil eigentlich habe ich auch ein Bild. Gut, ich danke auch meinen Vorrednern für die Stellungnahmen und freue mich auch über durchaus nennenswerte Schnittmengen. In meiner Stellungnahme hatte ich ja aufgezeigt, ich würde mal mit dem Themenkomplex der Subventionen an und für sich anfangen, der klimaschädlichen. Es ist richtig, dass die schlecht abgegrenzt definiert sind. Wir kritisieren das, insbesondere auf Bundesebene auch schon seit langer Zeit, weil es einfach zu sehr kontraproduktiven Anreizen führt und weil aus dieser, ich sag jetzt mal Definitionsverweigerung heraus, einfach auch insbesondere im Bereich Klima- und Umweltschutz wichtige Fortschritte, die möglich wären, nicht stattfinden bzw. überproportional teuer werden und wir uns letztlich oftmals in so einer gefühlten Sackgasse der politischen Steuerungsimpulse wiederfinden. Ich würde ganz gerne darauf verweisen, dass es da durchaus, schon bestehend, gute Grundlagen gibt. Es gibt Subventionsleitlinien des Bundes, ich vermute mal stark, auch auf der Landesebene ist sehr daran angelegte Vorhaben, dass gute Subventionspolitik irgendwie ein klares Ziel hat, dass die Förderung degressiv ist, dass sozusagen man auch einen gewissen Impuls setzen will und die Förderung dann auch wieder abschmilzt über die Zeit, dass es transparent ist für alle, die diese Subvention nutzen wollen und dass es halt auch über die Zeit abnimmt. Das ist in vielen Fällen nicht der Fall. Die Regelung, die wir da insbesondere kritisieren, hat der Vorredner schon genannt, zum Beispiel im Bereich Agrardiesel

Steuererleichterung. Das ist eine Regelung, die mal zur Motorisierung der Landwirtschaft vor 100 Jahren eingeführt wurde. Ich würde sagen, das Ziel ist erreicht und man könnte angesichts der Rahmenbedingungen, unter denen wir uns befinden, doch mal über eine zielgerichtete Reform nachdenken. Wir plädieren da und wir sehen da schon auch die betrieblichen Realitäten bei den Landwirtinnen und Landwirten, die das betrifft. Wir sehen da schon auch den Bedarf, das konstruktiv zu tun, also eben keine ersatzlose Streichung von wichtigen Faktoren, die auch in Ihren Betriebskostenrechnung eine Rolle spielen, sondern wir würden da für einen transformativen Pfad plädieren, dass man eben umwidmet, dass man an der Stelle, wo Förderung abgeschmolzen wird, sukzessive eben auch Unterstützung anbietet. Sei es jetzt, um in dem konkreten Maschinenbeispiel zu bleiben, für die Anschaffung von zum Beispiel Elektrogeräten oder ähnlichem, aber eben auch für ganz konkrete Umweltdienstleistungen, die sie auf den Feldern erbringen für Humusaufbau, Agroforstsysteme, Stallumbau und ähnliches. Und das muss natürlich eine gewisse Zuverlässigkeit und Planungshorizont haben, damit das auch funktioniert und damit da halt auch ein Investitionsszenario mit gerechnet werden kann. Ich würde ganz gerne noch einen kurzen Wort darüber verlieren, warum diese Regelungen, die politisch so schlecht definiert sind, so problematisch sind. Also, ich habe auch eben mal kurz quergeschaut. Das Klima Risikoprofil spezifisch für Mecklenburg-Vorpommern ist ja auch durchaus nennenswert, was Starkregenereignisse, was Hitzetage usw. in der Prognose betrifft. Und das sind natürlich alles Klimafolgen, die auch Kosten verursachen werden. Das finde ich immer ganz wichtig zu berücksichtigen, die Sie in der Fläche, Entschuldigung, ich sage jetzt Sie und meine natürlich den ganzen landwirtschaftlichen Sektor im Bundesland, als erstes spüren und eben auch mit den Folgekosten konfrontiert sein werden. Innovationen werden gehemmt bzw. überproportional verteuert durch solche kontraproduktiven Subventionen und auch das Emissionsprofil bleibt länger als nötig höher als nötig. Der Wettbewerb für die Innovationsanbieter wird verzerrt und wir haben insgesamt einfach eine Fehlallokation von Ressourcen. Das ist sehr ökonomisch gesprochen, aber ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, wenn wir darauf schauen, zum einen auf die Verwendung von öffentlichen Geldern als auch auf die Geschwindigkeit, in der zukunftsfähige, klimafreundliche Lösungen verfügbar und in die Skalierung gebracht werden. Last but not least würde ich noch gerne kurz auf die landwirtschaftsspezifischen Fragen eingehen, die Sie gestellt hatten. Da ging es ja auch um GAP-Zahlungen, um

Förderpolitik im Allgemeinen, da sehen wir einen wichtigen Zusammenhang. Uns ist schon auch klar, dass mit den Subventionsstrukturen, die wir kritisieren, natürlich nicht alles an Transformationsbedarf abgedeckt ist. Ich glaube, da ist es ganz wichtig, dass man sich eben auch zwischen Bundes- und Landesebene gut abstimmt. Wir schauen jetzt auch auf die erheblichen Mittel, die ja mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz auf den Weg gebracht werden sollen. Dass das eben auch konsistent ist, dass es ein klares Signal in eine klimaschutzfreundliche Richtung gibt und dass wir da halt letztlich auch im laufenden Betrieb einen guten Übergang finden. Und natürlich auch, was die Emissionsminderungsperformance betrifft, Stichwort Wiedervernässung von Mooren und ähnlichem, eine adäquate Inwertsetzung erfolgt, also dass eben dafür auch Direktzahlungen in größerer Höhe erfolgen und in geringerer Höhe zum Beispiel eine pauschale Flächenförderung. So viel Einführung von mir. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Frau Schenuit, für Ihre Ausführungen. Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt die offizielle Fragerunde der Abgeordneten eröffnen und frage einmal in die Runde, wer den Anfang machen möchte. Und ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Damm. Bitte schön.

Abg. **Hannes Damm**: Herzlichen Dank noch einmal an alle Stellungnahmen, die uns zugegangen sind und dass Sie heute hier sind. Ich würde einmal anfangen zu fragen an Frau Schenuit, die in der Stellungnahme geschrieben hat, dass insbesondere auch neu einzuführende Subventionen Fördermaßnahmen, mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern interessiert uns natürlich am allermeisten, zu überprüfen sind auf ihre Klimawirkung und den Ansatz finde ich persönlich spannend und wollte fragen, ob es da Best Practice Erfahrungen aus anderen Bundesländern gibt, irgendwelche Leitlinien, nachdem man so was dann abprüfen kann? Wenn schon die Legaldefinition sich auch schwierig gestaltet.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank Herr Damm. Frau Schenuit, bitte.

Carolin Schenuit: Ja, sehr gerne. Also persönlich kenne ich da vor allem die subventionspolitischen Leitlinien des Bundes. Die sind dahingehend tatsächlich ziemlich ergiebig. Die werden irgendwie nur nicht so konsequent beachtet und

umgesetzt. Auf der Landesebene kann ich das nicht so ganz genau beantworten, aber da es ein allgemeines Thema ist, wie gesagt, sind die Bundesleitlinien glaube ich gut verwendbar. Und wirklich dieser, ich überleg grad, Dreiklang, also transparent, befristet, degressiv und mit einer klaren Zielsetzung, ein Vierklang ist es, die gibt es auch schon lange diese Leitlinien, aber sowohl als Subventionen definierten Regelungen werden diese Faktoren nicht konsequent beachtet und natürlich schon gar nicht in den Bereichen, die, ich sag jetzt mal, bisher unsauber definiert und abgegrenzt sind und trotzdem eine klare Anreizwirkung haben. Da kann man erfreulicherweise, wenn man einfach umsetzte, was es schon an Eigenverpflichtungen gibt, könnte man eigentlich schon große Fortschritte erzielen.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Frau Schenuit. Gibt es weitere Fragen aus dem Kreise der Abgeordneten? Herr Damm?

Abg. **Hannes Damm**: Ja, ich weiß nicht genau, wer die Frage am besten beantworten kann, aber in zwei Stellungnahmen taucht unter anderem Agrardiesel oder Kfz-Subventionen, Steuervergünstigung oder Agrardieselsubventionen auf. Da wäre meine Frage, ob man das, ich kenne das natürlich aus dem Bund und das ist auch beim Bund angesiedelt, aber ob das sozusagen bundeslandspezifisch ermittelt wird bzw. ermittelbar ist, welche Anteile davon in Mecklenburg-Vorpommern landen. Ich weiß nicht, ob das BDM der Bund der Deutschen Milchbauern sagen kann.

Vors. **Falko Beitz**: Wer möchte aus dem Kreise der Sachverständigen dazu antworten? Ich sehe, Herr Hansen bereitet sich vor. Herr Hansen, bitte schön. Oder Herr Dr. Piehl?

Dr. Martin Piehl: Die Agrardieselrückvergütung richtet sich ganz klar nach dem Verbrauch an Dieselkraftstoff. Beläuft sich im Augenblick auf 0,21 € Rückerstattung von knapp 0,45 € Gesamtsteuer, die auf dem Agrardiesel liegt. Das ist eine bundesweit einheitliche Verfahrensweise, die nicht bundeslandspezifisch noch abgewandelt wird, sondern relativ konstant. Es beläuft sich, wenn man das mal hochrechnet, bei einem Dieserverbrauch von etwa 100 Liter je Hektar und Jahr auf eine Unterstützung in Höhe von knapp 25 € pro Hektar.

Zwischenruf ohne Mikro: Abg. Hannes Damm: Das ist einfach multipliziert mit Landwirtschaftsfläche sozusagen.

GF **Dr. Martin Piehl**: Ja, kann man nicht 1 zu 1 so machen, weil natürlich auch Diesel im Hofbereich verbraucht wird, also bei der Viehbetreuung und bei den Förderautomaten und Schleppern, die auf dem Hof eingesetzt werden. Aber das sind so ungefähr die Zahlen 25 bis 30 Euro pro Hektar zuzüglich dessen, was auf dem Hof verfahren wird.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Herr Dr. Piehl. Es gibt eine weitere Äußerung dazu von Herrn Hansen.

Karsten Hansen: Wir sind als Verband oder als Milcherzeuger nicht pauschal gegen den Agrardiesel und wir sind auch auf jede Subvention derzeit angewiesen. Wir haben einen Milchpreisverfall von über 0,10 € steht bevor. Das sind über 150 Millionen € für das Land Mecklenburg, das wird keine Subvention auf Landesebene oder Bundesebene auffangen. Das stellt uns vor eine Riesenherausforderung. Aber dieser Agrardiesel, die Diskussion ist ja ziemlich breit, er ist jetzt einfach wieder eingeführt oder nicht platt gemacht worden, aber wir haben zum Beispiel das Thema Weideprämie, Weidehalter, das natürliche Grünland nutzen, wenn man die fördern würde, würde da was ausgebaut werden. Überall wo eine Kuh hinscheißt, ist eine Fliege da, da hätte man einen Nutzen. Das ist aber alles wieder hinten angestellt worden, aber der Agrardiesel ist halt gekommen, sämtliche anderen Tierhaltungsprogramme sind jetzt auch auf Bundesebene runtergestürzt worden. Das ist jetzt nicht unbedingt spezifisch für das Land Mecklenburg, aber welche Auswirkungen diese Entscheidungen haben für das Klima oder für die entsprechenden Maßnahmen und hier wird halt breitflächig verteilt.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Herr Hansen. Frau Schenuit hatte sich dazu auch noch gemeldet. Bitte schön.

Carolin Schenuit: Ja, vielen Dank. Ich würde nur kurz ergänzen, wenn ich die Frage richtig verstanden habe. Es gibt eine zentrale Erfassung, man muss ja die Rückvergütung beantragen beim Zollamt, deswegen würde ich annehmen, dass also

eine statistische Zuordnung zu den Postleitzahlengebieten, Bundesländern, durchaus möglich ist, welcher Umfang der Rückvergütung wohin ausgezahlt wird. Also, das sollte möglich sein, allerdings haben wir keinen Zugriff auf die Statistik. Ich weiß nicht, ob sie öffentlich ist, aber grundsätzlich von der Erfassung her sollte das möglich sein. Und in puncto konsistenter Umbau von Subventionen in der Politik schließe ich mich dem Vorredner an.

Vors. **Falko Beitz:** Herzlichen Dank, Frau Schenuit. Ich habe eine Wortmeldung gesehen von Herrn Dr. Trepsdorf und danach von Herrn Stein.

Abg. **Dr. Daniel Trepsdorf:** Ja, schönen guten Tag. Erst mal vielen Dank an Herrn Hansen für die handfeste Beschreibung der Herausforderungen, die jetzt anstehen. Vielleicht ist es auch eine Frage noch an Frau Schenuit. Natürlich treten wir als Land bestenfalls immer auch als Scharnier auf zwischen den Anforderungen der Fachverbände und natürlich der Europäischen Union. Was wünschen Sie sich denn konkret an einer Verbesserung der Kommunikation? Oder sehen Sie da Defizite, dass wir diese Scharnierfunktion im Sinne unserer Bäuerinnen und Bauern in der Landwirtschaft auch besser nachkommen können in Zukunft.

Vors. **Falko Beitz:** Wer möchte?

Zwischenrufe ohne Mikro

Vors. **Falko Beitz:** Die Frage wurde direkt an Frau Schenuit gerichtet, deswegen möchte ich erst ihr die Möglichkeit geben zu antworten. Frau Schenuit, bitte.

Carolin Schenuit: Ich hätte jetzt tatsächlich Herrn Hansen, der wurde auch angesprochen den Vortritt lassen, weil der ist ja Stakeholder vor Ort. Ich könnte da jetzt übergeordnete Dinge nur zu sagen Aber Herr Hansen, vielleicht möchten Sie anfangen.

Vors. **Falko Beitz:** Herr Hansen.

Karsten Hansen: Ist auch schwierig zu beschreiben, was da an Kommunikation fehlt. Das ist jetzt einfach so gelaufen, wie es ist und das ist halt auch nicht weiterentwickelt worden. Diesen Agrardiesel gibt es halt jetzt seit Ewigkeiten, es ist erst mal an der Obergrenze gearbeitet worden oder an der Vergütung in Summe an sich, pro Liter. Aber hier wäre ja eine Weiterentwicklung der Subventionen, die es ja ist, ob sie nun klimaschädlich ist oder nicht, sei mal dahingestellt, aber hier müsste halt einfach eine Veränderung, eine positive Veränderung, dass Leute, die weniger verbrauchen oder die etwas Besonderes leisten, anders vergütet werden, wie jemand, der einfach nur breit und schnell die Fläche bearbeitet und versucht über die Größe halt den Gewinn abzuschöpfen. Ich weiß nicht, ob das Kommunikation ist, aber das muss weiterentwickelt werden und da ist Reformbedarf einfach da. Und wie gesagt, ob es nun Tierhalter sind, die Weidenutzung machen, das ist immer schwierig zu definieren, von der Kontrolle her deutlich schwerer, den zu kontrollieren und zu bewerten als den Agrardiesel, den man einfach pro Liter abrechnet. Das ist schon eine Herausforderung für die Politik und was dann da hinterher kommt. Aber für uns als Viehhalter, die gerade das Grünland nutzen und schützen wollen, ob nur extensiv oder intensiv, sei dahingestellt, aber hier muss eine Weiterentwicklung stattfinden. Das war jetzt mit dem Rückfall, dass der Agrardiesel einfach so weitergezahlt wird, nicht. Obwohl wir natürlich jeden Euro auf dem Konto brauchen, auch als Milcherzeuger, der Agrardiesel bekommt.

Vors. **Falko Beitz:** Jetzt habe ich selber ein Mikrofonproblem. Vielen Dank, Herr Hansen. Herr Dr. Piehl, bitte schön.

GF **Dr. Martin Piehl:** Ja, ich hatte die Frage. Ich hatte das so verstanden, dass es sich nicht nur auf Agrardiesel bezieht, sondern eher auf die gesamte Subventionspolitik innerhalb der Europäischen Union. Da müssen wir ganz klar feststellen, dass es ja drei Ebenen gibt, auf denen quasi für die Landwirtschaft über die ausgeschriebenen Programme und Subventionen versucht wird zu lenken. Einmal die europäische Ebene, dann natürlich die Bundesebene und dann die Landesebene, also hier für uns, was hier in Schwerin passiert. In Bezug noch mal auf den Agrardiesel, das ist eine deutsche Steuerentscheidung, die sich quasi einordnet in den europäischen Rahmen. Jedes europäische Mitgliedsland der EU hat in Bezug auf den Agrardiesel eine eigene Regelung. Und Deutschland befindet sich mit den jetzt gültigen Agrardieselregelungen

etwas unterdurchschnittlich im Vergleich zu den anderen EU-Ländern. Warum spreche ich das an? Weil es eigentlich darum gehen muss, im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa zu sichern. Und je kleinteiliger man die Subventionspolitik anlegt, desto größer ist die Gefahr, dass es dort zu Wettbewerbsverzerrungen in einem gemeinsamen Markt kommt. Insofern ist es dringend wichtig, die Kommunikation der drei Ebenen zu halten. Sie haben heute ja schon das erste Thema behandelt, wo es um mittelfristigen Finanzrahmen und GAP geht. Das zeigt es noch mal ganz deutlich, es ist notwendig, dass als Band für die Europäische Union die Gemeinsame Agrarpolitik erhalten bleibt, um den landwirtschaftlichen Markt zu gewährleisten und das haben Sie mit Ihrer Fragestellung eigentlich deutlich unterstrichen.

Vors. **Falko Beitz**: Dann gibt es noch eine Wortmeldung von Frau Schenuit im digitalen Raum. Bitte schön.

Carolyn Schenuit: Ja, herzlichen Dank. Ich würde vielleicht noch ergänzen wollen, auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, dass natürlich die Konsistenz der Regelung auf allen Ebenen ein ganz wichtiger Faktor ist, damit man sozusagen auch glaubwürdig ein politisches Ziel in konkrete Regelungen übersetzt und dem auch eine Verankerung gibt. Da ist, glaube ich, auch ein bisschen was versäumt oder nicht energisch genug verfolgt worden, wenn wir auf die europäischen Regelungen schauen. Aber nichtsdestotrotz würde ich doch sehr dafür plädieren, sich deswegen auch nicht aufhalten zu lassen. Ich erinnere daran, dass wir uns als Bundesrepublik das Ziel der Klimaneutralität 2045 gesetzt haben, zu einem Zeitpunkt, wo das sozusagen durchaus auch nicht EU-weit der Konsens war. Bis heute sogar nicht ganz ist. Das heißt, man muss natürlich auch ein Stück weit diese Vorreiterrolle in Anspruch nehmen und konkretisieren. Und ich will jetzt gar nicht ewig auf dem Agrardiesel herumreiten, aber der Blick darauf wie machen es andere, der ist natürlich legitim und gleichzeitig weiß ich nicht, muss man dann auch sozusagen sich an den eigenen Ansprüchen so ein bisschen messen und halt auch überlegen wie komme ich auf den Weg dorthin? Und deswegen hatte ich vorhin ja angedeutet, das ist eine Gießkannenregelung, das ist klar und die hat ihre massiven Unschärfen. Wir hatten es seinerzeit, als sie dann sehr heiß diskutiert wurde, noch mal erinnernd dazu geäußert, dass ja gut und gerne 20 % des Dieserverbrauchs nach wie vor im Fuß des Fahrers

liegen, auch da ist effizienztechnisch durchaus was zu holen. Aber das ist ja nicht der alleinige Punkt, sondern die Art und Weise, wie ich die Fläche bewirtschafte. Und ich finde, extensiv oder intensiv macht dann halt doch einen großen Unterschied, wenn ich über darüber spreche, wie komme ich zu einer umwelt- und klimaverträglichen Bewirtschaftungsweise? Das sind schon die entscheidenden Details und da muss ich halt gut abwägen politisch und natürlich auch bitte im Zusammenspiel zwischen den Verwaltungsebenen, mit welcher Regelung erreiche ich was. Das ist mein Punkt: Zielgerichtete Subventionspolitik. Das heißt nicht, dass es nicht auch pauschale Regelungen geben kann und vielleicht sogar sollte, damit ich sozusagen den richtigen Schwung, das richtige Signal in den Markt gebe. Aber nichtsdestotrotz gibt es natürlich eine Vielzahl an betrieblichen Realitäten und auch an Wirtschaftsstrukturen, die man aus guten Gründen erhalten möchte. Und von daher, glaube ich, kommt man um eine gewisse Feinjustierung und Schärfung mindestens auf der Bundesebene, aber ich vermute doch auch teilweise eben auf der Landesebene, nicht ganz umhin. Und das ist auch nicht dramatisch, solange es nicht kontraproduktiv und im Gegensatz zueinandersteht.

Vors. **Falko Beitz**: Herzlichen Dank, Frau Schenuit. Auf meiner Rednerliste steht jetzt zunächst Herr Stein.

Abg. **Thore Stein**: Danke. Die Frage geht an Herrn Dr. Piehl und Herrn Hansen, die sie wahrscheinlich beide gleichermaßen beantworten können. Stichwort Klimaneutralität in Verbindung mit den Zielen der Wiedervernässung von Moorstandorten bzw. des Ausstiegs der ackerbaulichen Nutzung auf diesen Standorten. Das einmal vor zwei Aspekten hinterfragt, Flächenverfügbarkeit, Flächenkonkurrenz. Gerade eben auch für die Milchviehhaltung, die ja auf Grünlandflächen angewiesen ist und auch generell vor der Frage, inwieweit denn hier unsere Landwirtschaft, wenn wir über den Umfang der Ziele sprechen, inwieweit in unserer Landwirtschaft hier auch ein Stück weit die Produktionsgrundlage genommen wird, wenn die Moorwiedervernässung in dem Maße durchgeführt wird, wie sie notwendig ist, um die selbst erklärten Ziele der Klimaneutralität in Mecklenburg-Vorpommern bis 2045 zu erreichen. Ich meine, wir reden da über 200.000 - 300.000 Hektar Moorfläche, die es hier mal gegeben hat. Vielleicht einfach mal aus der Sicht der Betriebe, wie könnten Sie mit so einer Situation umgehen?

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Herr Stein. Wer möchte von den Sachverständigen antworten? Herr Hansen und dann Herr Dr. Piehl.

Karsten Hansen: Also, hier gibt es natürlich örtlich immer wieder Konflikte zwischen intensiver Milchproduktion, die Grünland braucht. Aber jetzt speziell in Mecklenburg-Vorpommern sehen wir das als Verband, nicht als so großes Problem, weil, Fläche ist in Mecklenburg für Vieh genug da. Grünland kann ich auch auf ackerbaulichen Standorten umlegen, das ist möglich, also, Dauergrünland oder Ackerfutterhalt. Wenn ich das sehe in den westdeutschen Bundesländern, wie intensiv da Grünland und um jeden Hektar gekämpft wird und wenn ich dann sehe, wie extensiv hier nur teilweise Prämien, Bio Grünland nur eine Nutzung da sein muss, damit ich die Prämie abkassieren kann, Gewinnmaximierung, ohne dass da Vieh hinter steht, dann sehe ich das Problem hier in Mecklenburg nicht. Auf Bundesebene, wir sind ja im Bundesverband, ist das durchaus anders, aber hier vor Ort in Mecklenburg sehe ich da nicht das große Problem, wenn die Landwirte mit eingebunden werden. Es wird ja auch nicht jedes Moor gleich wiedervernässt. Es werden ja in Abstimmung oft überwiegend mit den Landwirten ja Programme angegangen. Fläche ist genug da in Mecklenburg und das ist nicht unser Problem der Viehhaltung hier vor Ort.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Herr Hansen. Dann, Herr Dr. Piehl.

GF **Dr. Martin Piehl**: Vielen Dank für diese Frage. Vielleicht zuerst ein paar Zahlen, die im Hinterkopf nötig sind, um das beurteilen zu können. Sinnvoll lässt sich in der Milchviehfütterung ungefähr ein halber Hektar Grünland pro Jahr für eine Kuh verwerten. Das sind ungefähr 40 Dezitonnen, die dort quasi, also 4 Tonnen Trockensubstanz aus dem Grünland, die sich sinnvoll in einer Milchkuration verwerten lassen. Das heißt pro Milchkuh ein halber Hektar. Das heißt, beim gegenwärtigen Bestand werden 70.000 Hektar Grünland bei den Milchkühen sinnvoll zu verwerten. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern knapp 230.000 Hektar Grünland, davon 160.000 Hektar Grünland auf Niedermoor. Nun kann man sich selbst ausrechnen, dass der Milchviehbestand rein rechnerisch nicht ausreicht, um das Grünland sinnvoll zu verwerten. Wir haben noch Mutterkühe, wir haben Jungvieh, wir haben Schafe, wir haben Pferde. Aber der Teufel liegt wie so oft im Detail. Die örtlichen

und betrieblichen Bedingungen sind entscheidend und die unterscheiden sich sehr stark. In einem Punkt muss ich meinem Vorredner ein bisschen widersprechen, von wegen, es gibt in Mecklenburg genug Fläche. In Mecklenburg-Vorpommern ist nicht ein Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche unbewirtschaftet. Wenn ein Landwirt aufgeben muss oder aufgeben möchte, dann findet sich sofort ein Nachbar, ein Neuanfänger, der diese Fläche weiter bewirtschaften will. Also es herrscht bei uns auch eine Konkurrenz, auch wenn sie im ersten Augenblick nicht so offensichtlich ist wie in den alten Bundesländern, das muss ich zugestehen. Wiedervernässung war angesprochen von Ihnen, Herr Stein. Wenn praktisch die Agitatoren für eine Wiedervernässung anführen, dass es nur auf Freiwilligkeitsbasis passieren muss oder soll und dann quasi vergessen, dass wir etwa 60 % Pachtflächen haben, das heißt die Landwirte bewirtschaften nur 40 % Eigentumsflächen und 60 % Pachtflächen, dann sind die Eigentümer zwangsläufig mit einzubeziehen. Und wir haben das Problem, dass zusammenhängende Niedermoorgebiete nicht in Parzellenform wiedervernässt werden können, sondern nur in Gänze. Das heißt also, man muss wirklich unter Umständen sehr viele Landwirte davon überzeugen, dass eine Wiedervernässung sinnvoll ist und auch die Eigentümer muss man überzeugen. Wenn es darum geht, eine der Tierhaltung äquivalente Wertschöpfung von der Fläche zu erzielen, dann bietet der Markt im Augenblick noch keine wirklichen Alternativen. Es gibt also kein Äquivalent zur Nutzung durch Weidevieh oder durch rauhfuttermessende Großvieheinheiten im Vergleich zur Produktion von Biomasse in Paludikultur. Und ich glaube, das ist auch im Augenblick das größte Hindernis, wenn es darum geht, die Wiedervernässung anzuschieben. In Gesprächsrunden und Diskussionsrunden mit Landwirten und den Vertretern der Paludikulturen, begegnet uns oft der Vorwurf, dass die auf dem Grünland gezahlten Subventionen, dabei wird nicht unterschieden, ob das Gelder sind, die Basisprämie aus Brüssel oder ein Naturschutzprogramm in der Grünlandnutzung oder der ökologische Landbau auf Grünland, da wird überhaupt kein Unterschied gemacht, führen dazu, dass diese Flächen weiterhin wirtschaftlich lukrativ sind und deswegen von den Eigentümern oder und Bewirtschaftern nicht freigegeben werden für Paludikultur und man dem ewig Gestrigen verhaftet bleibt, über Tiere das Grünland nutzen zu wollen. Das ist ein Vorwurf, der wiegt relativ schwer, wird auch immer häufiger gebracht und dient als Hauptkritikpunkt gegenüber diesen angesprochenen Subventionen. Und wir meinen, dass ein Streichen der Subventionen dazu führt, dass allein die Landwirtschaft die notwendigen CO₂-Einsparungen

erbringen soll, die eigentlich gesamtgesellschaftlich zu tragen sind. Und das ist ein Zustand, den werden wir nicht akzeptieren, schlicht und einfach. Nicht allein die Landwirtschaft ist in der Verantwortung, die Klimaziele Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Herr Dr. Piehl. Auf meiner Rednerliste steht jetzt Frau Berg und ich sehe, dass auch Herr Damm sich noch mal gemeldet hat. Frau Berg, bitte schön.

Abg. **Christiane Berg**: Ich hätte noch mal eine Nachfrage an Frau Schenuit. Ich hoffe, sie ist noch da, ich gehe davon aus.

Carolin Schenuit: Ja, ich bin noch da. Ich weiß nicht, warum die Kamera immer ausgeht.

Abg. **Christiane Berg**: Das macht nichts. Sie sprachen in Ihrem Eingangsstatement davon, ich reite auf dem Agrardiesel oder auf der Rückerstattung, dass diese Rückerstattung eine Hilfe sei, bei der Technisierung bzw. Technologieverbesserung in der Landwirtschaft. Aber meines Erachtens war das doch dafür gedacht, dass die Landwirte, die ja die Straßen zu einem sehr, sehr geringen Teil mit ihren Geräten benutzen und den Rest natürlich auf dem Feld verbringen, weil das ist ihre Aufgabe. Habe ich das falsch verstanden oder ist das wirklich so?

Carolin Schenuit: Also, die Formulierung, die ich vorhin zitiert habe, Unterstützung der Motorisierung der Landwirtschaft, ist tatsächlich ein Zitat aus der damaligen Gesetzesbegründung. Wie gesagt, 100 Jahre hat die Regelung auf dem Buckel und es ist so übergreifend formuliert nicht näher abgegrenzt. Es kann gut sein, dass es sozusagen im Laufe der Zeit da verschiedene Diskussionen über Sinn und Zweck und was will man damit erreichen, gegeben hat. Die Regelung an und für sich, wurde aber quasi, trotz Diskussion, in der Zwischenzeit belassen, wie sie ist und im Ursprung her wurde sie zu diesem Zweck eingeführt. Und wenn man sich in die Zeit zurückversetzt, war das auch ein nachvollziehbares Politikziel. Aber eine Reformierung hat eben nicht stattgefunden. Und Sie haben es ja vorhin gehört, der Vorteil ist doch erheblich, der spielt eine Rolle in den Kalkulationen und deswegen finde ich, kann man auch trefflich

diskutieren, mit welchem Zweck man solch eine Regelung aufrechterhalten würde wollen bzw. wie sie angepasst auf einen dem aktuellen Stand des Sektors und des Landes angemessenen Zweck und Ausgestaltung aussehen würde. Aber die Beschreibung vorhin, das war ein Zitat. Ich kann gerne den Link raussuchen.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Frau Schenuit. Dann hatte sich Herr Damm gemeldet. Bitte schön, Herr Damm.

Abg. **Hannes Damm**: Ja, ich habe noch zwei Fragen. Ich würde die aber gerne nacheinander stellen, sonst wird das, glaube ich, zu unübersichtlich. Und zwar haben sowohl in der Stellungnahme des FÖS als auch BDM angesprochen, dass die Direktzahlungen in der GAP, die hatten wir heute auch schon in den anderen beiden Anhörungen, eher die Flächenpacht steigern, statt kostensenkend für die Landwirtinnen. Bitte nochmal erklären wie der Zusammenhang ist zwischen den Direktzahlungen in der GAP und der Flächenpacht statt der Kostensenkung für Landwirtinnen.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Herr Damm. Wer von den Sachverständigen möchte dazu das Wort ergreifen? Ich sehe, die Herren in Präsenz zeigen auf. Frau Schenuit, sind Sie bereit?

Carolin Schenuit: Ich kann da gerne drauf eingehen. Ich hatte gerade Audio Interferenzen. Ich hoffe, ich habe die Frage richtig verstanden. Und zwar geht es darum, inwiefern die Direktzahlungen sich auswirken in der Kostenstruktur auf die Landwirtinnen und Landwirte, richtig?

Vors. **Falko Beitz**: Ja.

Carolin Schenuit: Ja, genau. Der Vorredner hat es ja eben schon erwähnt und da scheint Mecklenburg-Vorpommern ein gutes Abbild des Bundesdurchschnitts zu sein, dass wir ja im Großteil landwirtschaftliche Bewirtschaftung auf Pachtflächen haben in Deutschland. Das heißt, es gibt immer einen Flächeneigentümer, der hinter dem wirtschaftlich tätigen Betrieb steht und die Regelung der GAP sind transparent. Das heißt, wenn ich da eben die Flächenförderung so stark im Zentrum habe, dann hat das

auch ein direktes Rückwärtssignal auf die Pachtpreise. Und im Zweifelsfall ist der tatsächlich wirtschaftlich Tätige da ja auch ein bisschen zwischengefangen, weil es halt nun mal transparent ist und weil eventuelle Erhöhungen bei den Direktzahlungen auch durchaus vom Flächeneigentümer abgeschöpft werden können. Deswegen sozusagen die Kritik, die ja auch vorhin schon an anderer Stelle geäußert wurde, dass dieser starke Flächenfokus an der Stelle zum einen in der Verteilung der Benefits, sag ich jetzt mal, kein gutes Signal hat, schon heute und auch in der Weiterentwicklung muss man das im Blick haben, dass man sozusagen auch ein Stück weit eine Durchreichung vermeidet und das kann man natürlich erreichen, indem man stärker auf das Tun des tatsächlich wirtschaftlich tätigen Landwirts, der Landwirtin, abstellt und die Zahlungen zum Beispiel aus der GAP stärker an Ökosystemdienstleistungen und ähnliches koppelt, was halt sehr viel mit dem Wie der Bewirtschaftung zu tun hat und weniger mit der Frage, wie viele Hektar sind es, die bewirtschaftet werden.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Frau Schenuit. Ich frage einmal in die Runde. Herr Damm habe ich gesehen. Aber ich würde Herrn Stein erst einmal das Wort geben, damit wir die Fraktion noch einmal wechseln.

Abg. Thore Stein: Herzlichen Dank. Ich würde einmal an eine Ausführung von Herrn Dr. Piehl anschließen wollen, Stichwort Paludikulturen in Mecklenburg-Vorpommern. Nehmen wir mal an, unter dem Ziel, das da formuliert worden ist, dass man diese Flächen vollumfänglich wieder vernässen möchte. Dann stellt sich auch die Frage der Wertschöpfung auf diesen Flächen. Ich glaube, wir können uns das als recht strukturschwaches Land nicht erlauben, 1/4 unserer Agrarfläche aus der Produktion zu nehmen. Daher einmal die Frage an Sie, Herr Dr. Piehl, gibt es denn in dem Bereich Landwirtschaft, vor- und nachgelagerter Sektor, schon irgendwelche Bewegungen hinsichtlich einer Produktnachfrage von diesen Paludi-Kulturflächen? Da gibt es ja alle möglichen Pilotprojekte. Aber so richtig einen Durchbruch haben wir ja nicht, dass der Markt jetzt im großen Stil diese Produkte nachfragt. Können Sie dazu etwas sagen?

Dr. Martin Piehl: Genau daran scheitert es im Augenblick, dass es wirklich breitflächig praxiswirksam wird. Wir haben im Augenblick quasi nicht mehr als Pilotprojekte. Das Größte ist eigentlich im Augenblick über den Otto Versand, der in Größenordnungen versucht, die Biomasse, die Zellulose, die wir auf diesen Paludikulturflächen ernten, in

die Kartonagen einzubauen, die verwendet werden für den Versand ihrer Produkte. Das ist eigentlich der einzige Großfeldversuch, sage ich jetzt mal, der einigermaßen Wirksamkeit verspricht. Und es sei mir eine Bemerkung gestattet, Wertschöpfungsketten kann man eben nicht schieben, sie müssen gezogen werden, die Nachfrage muss da sein. Und dann sind die Landwirte die ersten, die mit aller Macht auf diese Sache einsteigen würden, wenn es sich denn lohnt. Das ist ein Problem. Ich glaube aber zu der Eingangsfrage von Herrn Damm sind noch nicht alle Antworten gegeben. Ich glaube, Herr Hansen, wollte noch mal, etwas dazu sagen.

Vors. **Falko Beitz:** Ich würde trotzdem Frau Schenuit dazu das Wort noch mal geben, weil sie sich gerade jetzt noch mal zu dieser Frage geäußert hat. Und dann können wir noch mal zur Frage von Herrn Damm wechseln. Frau Schenuit, bitte.

Carolyn Schenuit: Vielen Dank. Sorry, ich wollte mich nicht vordrängen Ich wollte nur ergänzen, Stichwort: Nachfrage für die entsprechenden Produkte, da nur den Verweis darauf, noch mal die Konsistenz über alle Sektoren hinweg, die Produkte aus dem Paludikulturen wären, theoretisch, wenn es entsprechend in Regelungen zum Beispiel auch bei der Bundesförderung energieeffiziente Gebäude abgebildet würde, total geeignet, unseren Sanierungsbedarf bei den Bestandsgebäuden zu unterstützen, weil die hochgradig resistent gegen Brandschutz sind, nicht resistent, sondern sie fördern den Brandschutz so rum und tatsächlich auch bei Dämmung und ähnlichem sehr gut genutzt werden können. Das sind gute Eigenschaften. Wenn ich das koppeln würde an eine Umweltverträglichkeitsanforderungen bei den Materialien in der Gebäudesanierung, dann könnte ich da durchaus einen entsprechenden Nachfrageschub mit unterstützen politisch. Da müsste sich natürlich Bausektor und Landwirtschaftssektor als potenzieller Lieferant der Produkte kurzschließen. Aber das vielleicht nur als kurzer Impuls. Also, von der Verwendung her würde ich da und das ist das ist ein großer Bedarf. Ich glaube, da würde man über viele Jahre und auch deutlich mehr als so eine 2-3-mal Nutzung von Kartonagen, wirklich nachhaltige Nutzung der Produkte, mit ermöglichen.

Vors. **Falko Beitz:** Herzlichen Dank, Frau Schenuit. Und jetzt springen wir gedanklich noch mal eine Frage zurück und ich übergebe das Wort an Herrn Hansen.

Karsten Hansen: Das war die Frage zu den Pachtpreisen oder zu der Agrarförderung GAP. Sie hat eine indirekte Wirkung, sie ist halt transparent. Es gibt eine Zahlung pro Hektar und diese wird auch bei vielen Pachtgesprächen mit eingepreist. Und das ist für uns als Viehhalter, es hat ja auch mal tierbezogene Prämien gegeben, das ist nicht nachvollziehbar, die sind über den Betrieb praktisch werden die gezahlt und somit hat man hier keinen Durchschlag auf den Verpächter. Und hier könnte man Maßnahmen gezielt fördern. Das ist schon ein Problem der GAP-Förderung. Aber es ist halt auch schwierig, diese Programme anders zu stricken. Aber, wie man schon merkt, oder ich fühle mich jetzt ein bisschen dafür verantwortlich auch wieder den Agrardiesel nach vorne geschoben. Es ist halt das große Rad, irgendwie muss man das ganz große Rad betrachten, um hier Veränderungen herbeizurufen. Also, Mecklenburg macht ja schon viel in Sachen Moorschutz oder Wiedervernässung und Förderung, aber das große Rad muss halt auch betrachtet werden. Es hilft auch nichts, wir haben jetzt im Betrieb zum Beispiel Grünland, wir machen moorschonende Stauhaltung wir zum Beispiel. Und wir haben auch extensives Grünland an Verpächter zurückgegeben, weil Pachterhöhungen anstanden und wir es nicht sinnvoll für eine Hochleistungskuh heutzutage nutzen können. Und es macht natürlich auch keinen Sinn, Moowiedervernässungen zu machen, auf die Ackerbaustandorte zu gehen und da noch intensiver zu wirtschaften, klimaschädlicher Futter herzustellen, als man es vielleicht im Dauergrünland vorher gemacht hat. Also, man verschiebt das Problem halt nur, hat zwar irgendwo eine CO₂ Senke geschaffen, aber das Problem wird woanders hingeschoben. Das muss halt ganzheitlich betrachtet werden und das ist vielleicht nicht nur mit einer einzelnen Fördermaßnahme abgetan.

Vors. **Falko Beitz:** Vielen Dank, Herr Hansen. Auf meiner Rednerliste steht jetzt noch einmal Herr Damm.

Abg. **Hannes Damm:** Ja, das ist momentan meine letzte Frage zu der Stellungnahme von Frau Schenuit. Da wird gesprochen von einer Studie mit 65 Milliarden umwelt- und klimaschädliche Subventionen in der BRD. Da würde mich interessieren, ob es da eine Aufschlüsselung gibt, ich habe jetzt die Primärquelle nicht gelesen im Vorfeld, ob es da eine Aufschlüsselung gibt, welche Anteile davon im Agrarbereich, GAP zum Beispiel und Agrarinvestitionen liegen und welche Anteile in anderen Bereichen, sagen wir mal Sektoren wie Energie oder Industrie oder gibt es darüber, vielleicht auch nicht in dieser

Studie, irgendwelche Erkenntnisse, welchen Anteil eigentlich klimaschädliche Subventionen jetzt insbesondere im Agrarbereich ausmachen.

Vors. **Falko Beitz**: Frau Schenuit, bitte.

Carolin Schenuit: Vielen Dank. Die Studie enthält mit ziemlich hoher Sicherheit eine entsprechende Aufstellung. Ich habe sie jetzt gerade nicht auswendig parat, aber sie ist im Quellenverzeichnis verlinkt. Und wichtiger Punkt, die 65 Milliarden enthalten sämtliche GAP Direktzahlungen nicht, also, das ist eine Methodik, die wir ans Umweltbundesamt anlehnen und in der zitierten Studie an einer Zwischenaktualisierung uns versucht haben und da ist tatsächlich von diesen 65 Milliarden der Landwirtschaftssektor mit der kleinste Anteil, weil die GAP Zahlungen nicht drin sind und die größten Einzelbrocken darin sind zum Beispiel die Energiesteuerbefreiung für Kerosin oder die Energiesteuerreduktion für Diesel und ähnliches. Für die Landwirtschaft ist meines Wissens nach da nur die Agrardieselmrückvergütung und die Kfz-Steuerbefreiung und die Mehrwertsteuerreduktion für tierische Produkte drin. Also, das sind schon auch Posten, aber nicht die größten Einzelposten in der Aufstellung. Eine Gesamtbetrachtung kenne ich tatsächlich nicht. Das ist eine interessante Frage, würden wir uns vielleicht mal drum kümmern wollen. Aber, sozusagen die komplette GAP ist in der Aufstellung nicht mitberücksichtigt und ich kenne auch bisher kein Dokument, was beides zusammenführt.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank, Frau Schenuit. Ich sehe dazu eine Rückfrage von Herrn Damm.

Abg. **Hannes Damm**: Danke für die Einordnung. Das ist ja sehr spannend. Das heißt aber, da drängt sich für mich die Rückfrage auf, GAP-Direktzahlungen für Deutschland, um es mal ins Verhältnis zu setzen, ich habe jetzt bei Google schnell zwei Zahlen gefunden, einmal 6 Milliarden und einmal 20 Milliarden, ich weiß nicht, welche Größenordnungen davon stimmt, kann das jemand von den Anwesenden sagen, also, 6 Milliarden, also 10 % davon noch mal, sind auch noch die GAP? Okay, Danke.

Vors. **Falko Beitz**: Vielen Dank. Dann frage ich noch einmal in die Runde, gibt es weitere Fragen vonseiten der Ausschussmitglieder? Das sehe ich, ist nicht der Fall. Dann sind wir, meine Damen und Herren, am Ende unserer öffentlichen Anhörung angelangt. Wir konnten hilfreiche Antworten auf diverse Fragen gewinnen und verschiedene Standpunkte kennenlernen. Ich möchte den Sachverständigen erneut meinen herzlichen Dank aussprechen sowohl für Ihr großes Engagement bei der fundierten Aufbereitung des Themas als auch dafür, dass Sie sich Zeit für die Anhörung genommen haben, sowohl hier vor Ort als auch im digitalen Raum. Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme. Gleichzeitig danke ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen herzlich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit sowohl bei der Vorbereitung als auch während dieser Anhörung. Ich frage jetzt noch einmal in den Raum, gibt es seitens der Ausschussmitglieder noch Fragen? Das ist nicht der Fall. Dann beende ich jetzt die Sitzung. Die Sitzung ist geschlossen. Wir haben 16:59 Uhr.

Sitzungsende 16:59 Uhr

KS/LP



Dr. Sylva Rahm-Präger
Vorsitzende (TOP 1+2)

Falko Beitz
Vorsitzender (TOP 3)